

Regelmäßig "Ö Punkte" lesen aber wie? Entweder ...

Einen der folgenden Rundbriefe, Zeitschriften oder Infodienste beziehen und dann die "Ö Punkte" dabei haben:

Über diese Infodienste, Rundbriefe und Verteiler gibt es die Öpunkte ...

anti atom aktuell
Für Gruppen, die im Anti Atom Bereich arbeiten, ist diese Zeitung unerlässlich: Termine, Berichte und Hintergründe.
Abo für 60 DM (12 Hefte/Jahr)

Ho
Um
Ref
len
Kur.

Info
ko
sol
ne,
kte.

Mc
tur
sei
Pos
F.

val
ios
Agr
Lär
für
Al

Ag
Lär
für
Al

Für
reik
läie
grü

auf
Ak

Be
re
ter

Pr
Inf
Pr
we

st
der
tin

BBU Inf
BBU ist ein
inhalger Bas

Verb
ande
kte
estf.
ere

Verteiler
art

Ver
de
zu

Runt
(1100)

Terr
ek

für
od

Bestelladresse:

Auf Kongressen, Büchertischen und gegen 5,50 DM (in Briefmarken) beim Büchertisch der Gruppe "Landfriedensbruch" Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Alternative
eifskr
Ö),
Wiss.
ethisc.
ve Psyc
z (IPU), Juge.

... oder!

Die "Ö punkte" bzw. einen der anderen Infodienste aus der Projektwerkstatt abonnieren ... die Ö Punkte sind dann immer dabei:

Ö Punkte Abo:

Bestellung bitte möglichst mit Vorausüberweisung, V Scheck oder Geldschein. (4 Hefte für 20, DM/Jahr ... oder mehr als Förder Abo)

Mika&Credo

(einschl. Ö Punkte Abo 40, DM/Jahr) Berichte über Widerstandsaktionen, Informationen, wenn neue Projekte starten, Termine und Adressen.

Aktuell

(einschl. Ö Punkte Abo 40, DM/Jahr) Monatlich werden Terminübersichten zugeschickt. Am schnellsten per Fax (Nr. angeben!), sonst per Post.

Pressedienst

(einschl. Ö Punkte Abo 40, DM/Jahr) Der Service für alle Medien und JournalistInnen, denn hier sind der Bezug der Zeitung, die Abdruckrechte für die Kurzmitteilungen und regelmäßige weitere Presstexte auch zwischen den Ausgaben enthalten.

Perspektiven

(einschl. Ö Punkte Abo 40, DM/Jahr) Beiträge zu Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit (z.B. Konzepte für alternative Lebensprojekte, Strategien für Umweltschutzgruppen, Kritik an Strukturen und "mainstream" Debatten) und gesellschaftlicher Utopien.



Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Redaktion: Die Redaktion will ein gleichberechtigtes Kollektiv aus den Themenredakteurinnen und allen weiteren sein, die feste Aufgaben (Layout, Internumsetzung, Anzeigenakquise, Aboverwaltung usw.) innehaben.

Herausgeber:

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein) Servicestelle für Bis und Umweltgruppen Vi.S.d.P.: Jörg Bergstedt

Adresse:

Ö Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen Saasen Tel. 06401/903283, Fax 903285 mail: oe.punkte@infomagazin.de

Themenredaktionen

Lokale Ökonomie: Jutta Sundermann Obere Str. 41, 27283 Verden 04231/2669 (Fax 82141)

Politik von unten: Jörg Bergstedt Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen 06401/903283 (Fax 5)

Naturschutz: Jörn Hartje Poststr. 39, 22946 Brunsbek 04107/850478 (Fax 04531/7116)

Anti Atom: Bernd Hanewald Hermann Levi Str. 9, 35392 Geißen 0641/29215 (auch Fax)

Regenerative Energien: Hartmut Groth c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg 040/394078 (auch Fax)

Verkehr: Umkehr e.V.

Exerzierstr. 20, 13357 Berlin Wedding 030/4927 473 (Fax 972)

Alternativ leben: Bettina Stang Große Düwelstr. 15a, 30171 Hannover 0511/813115 (auch Fax)

Gentechnik: Thomas Schmidt Willy Brandt Allee 9, 23554 Lübeck Tel. 0451/7070646, Fax 7020748

Ökologischer Landbau: Stephanie Graf c/o SOL, Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim 06322/8666, Fax 8794

Widerstand/Aktionen: Liselotte Meyer Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen 06401/903283 (Fax 5)

Umweltbildung: Peter Szekeres Liebigstr. 50, 35037 Marburg 06421/24552 (Fax vorher anrufen)

Tierschutz: Hans Jürgen Lutz Postfach 1420, 65764 Kelkheim 06195/65118 (auch Fax)

Bitte Texte direkt an die passende Themenredaktion!

Titel: Jörn Hartje

Gestaltung: Jörg Bergstedt, Jutta Sundermann
Weitere Rubriken: Thomas Schmidt, Markus Jutta Sundermann, Jörg Bergstedt, Liselotte Meyer
Druckerei: Gießen Druck

Bildarchiv:

Auslöser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

Auflage: 9.000

Diese Auflage erreicht ca. 8.000 Basis Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Bücherfische und AbonnentInnen.

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/98. Sie kann bei der Ö Punkte Redaktion angefordert werden.

Abonnement

Die "Ö Punkte" werden über bestehende Verteiler und Fachrundbriefe an die Basis Kontaktadressen verschickt oder können abonniert werden (s. links). Aboverwaltung: Christian Mierse

Ö Service im Internet

(Kontakt: Christian Mierse, Berlin)

Ö Punkte: <http://www.infomagazin.de/oe.punkte>
Termine: <http://www.infomagazin.de/oe.termine>

Konto

Nr. 2516101 bei Volksbank Busecker Tal (BLZ 51362617) (Spenden sind steuerlich absetzbar!)



Auf einen Blick

Impressum, Abonnement 2
 Inhalt 3

Rubriken
 Aus aller Umwelt 4
 Tierschutz 7
 VerbraucherInnenpolitik 9
 Umweltrecht 9

Kleinanzeigen 10

Schwerpunkt Agenda 21



Stimmen, Beispiel Belgien 11
 Geschichte des Nachhaltigkeitskonzeptes 12
 Position 1: Ja, aber 16
 Position 2: Nein, aber 17
 Position 3: Nein! 18
 Nachhaltigkeit eine Kritik 20
 Beispiel Dörverden 21
 Geld als Agenda Schmiermittel 22
 Beispiel Niedersachsen 22
 Bundespolitische Betrachtung 24

Rubriken
 Gentechnik 26
 Alternativ leben 27
 Wasser 28
 Verkehr 29
 Landschaft 32
 Ökologischer Landbau 35

Tips und Tricks

Software für Ökos 36
 Kurzmitteilungen 40

Rubriken
 Müll 41

Widerstand

Wesertunnel 42
 Kampf gegen die Holzmafia 42
 Reclaim the streets Party 42
 A 26 44
 Widerstands Übersicht 44
 A 20 45
 Kurzmitteilungen 46
 CASTOR Aufruf 47

Rubriken
 Anti Atom 51
 Regenerative Energien 53
 Chemie, Industrie 57
 Politik von unten 57
 Umweltbildung 58
 Über den Tellerand 59
 Umwelt & Entwicklung 60
 local economy 60

Anhang

Ö Datei 62
 Vorschau: Nächster Schwerpunkt 62
 Zeitschriftenliste 63

Vorbemerkungen zur zweiten Ausgabe:

Wieder hat es Kritik am Layout gegeben und noch mal haben wir alles ein bisschen verändert.

Nach sechs Themenredaktionen beim ersten Heft und neun beim letzten sind wir jetzt bei dreizehn unabhängig voneinander aktiven Redaktionen angekommen. Hinzu kommen die Personen, die den Schwerpunkt machen und die (leider diesmal sehr kleine) Endredaktion.

Die "Ö Punkte" sind und bleiben offen für alle Menschen, die hier nicht nur einen Beitrag zum Infoaustausch, sondern auch zur Entwicklung neuer Ideen und Perspektiven beifragen wollen. Denn wir sind nicht ein Blatt, was nur wiederkaut, was ohnehin geschieht, sondern das auch neue Impulse verbreiten will. Der Umweltschutz hat es bitter nötig!

Folgende Themenredaktionen sind unbesetzt:
 Abfall
 Wasser
 Chemie/Industrie
 VerbraucherInnenpolitik
 Umwelt und Entwicklung
 und
 Über den Tellerand
 (Infos aus anderen sozialen Bewegungen).

Hinweis für AnzeigekundInnen:

Die "Ö Punkte" sind der beste Weg zu Umweltgruppen, Einrichtungen und Multiplikatoren. Es gibt kein anderes Magazin, was so umfangreich die meisten lokalen Umweltinitiativen erreicht.

Anzeigen stehen im Text und gehen nicht in anderen Anzeigen unter, denn wir wählen streng aus, welche Anzeigen wir wollen. Nur umweltgerechte Produkte aus akzeptablen Betrieben sowie entsprechende Seminarankündigungen und vieles mehr sind gefragt. Möglich sind Anzeigen und Beilagen.

Einmalig ...

finden wir die Ö Punkte für alle, die im Umweltschutz aktiv sind und nicht nur in ihrem Kirchturm sitzen wollen.

Einmalig ...

erhalten dieses Heft alle Gruppen, Arbeitskreise usw. von B'90/Grünen. Wer von Euch weiterhin viermal jährlich alle wichtigen Infos aus der Umweltschutzarbeit kompakt erhalten will, muß die "Ö Punkte", ein Ö Plus Abo (z.B. zu Widerstand oder "Aktuell") oder einen der links genannten Infodienste abonnieren. Näheres auf der linken Seite!



Agenda Schwerpunkt lockte Widerspruch!

LeserInnenbriefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich gelten die Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir seltenweise Debattenbeiträge darstellen. Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf den neuen Rundbrief "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" (siehe Seite 2).

LeserInnenpost bitte an die Redaktion in Reiskirchen schicken.
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Fax 06401/903285
projektwerkstatt_sa@apg.wvbnet.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Die kritische Abhandlung des Schwerpunktes "Agenda 21" lockte Widerspruch hervor. Der reichte von Richtigstellungen über das Herausnehmen der Ö Punkte aus Verteilern. Auf dieser Seite drucken wir einige Stellungnahmen ab.

Brief der Verbraucher Initiative, die bis lang je 250 "Ö Punkte" weiterverteilten und deren Aktion "Meine Agenda 21" (Kooperation mit Angela Merkel) in der letzten Ausgabe als Beispiel kritisiert wurde:

Änderung

... Wir möchten Sie jedoch darauf hinweisen, daß wir die "Info Schrift" in Zukunft nur noch in einer Stückzahl von 20 Exemplaren benötigen.

Verbraucher Initiative, Infothek

Layout?

Unbeschadet der Kritik, die ich im folgenden äußere, halte ich die Ö Punkte aus inhaltlicher Sicht für dringend empfehlenswert. Dies bezieht sich sowohl auf die Erwähnung solcher Standpunkte, die sonst wenig veröffentlicht werden, als auch auf den Informationsgehalt. Große Probleme aber bereitet das Lesen selbst. Denn das Schriftbild (klein und eng gedruckt) verursacht schon nach wenigen Sätzen regelrechtes Augenschmerzen und eigentlich habe ich sehr gute Augen. Sie tun auch sich selbst keinen Gefallen, wenn Sie Ihren Leser/innen/kreis auf diese Weise stark einschränken.

Wolfgang Bönig, Duisburg

... wir würden allenfalls auch mehr bezahlen als 20, DM, wenn dafür die Schrift einiger Artikel nicht so unleserlich klein wäre ... vielleicht sind wir halt schon Compi Geschädigte jedenfalls mußten wir für die gemeinsame Diskussion in der Gruppe etliches auf dem Kopierer vergrößern. Das ist zwar machbar, aber ziemlich umständlich und auch nicht sparsam.

Wir finden Eure Zeitschrift interessant. Hier in der Schweiz sind wir diesbezüglich nicht sehr verwöhnt!

Aktion Mühleberg stilllegen
& Gewaltfreie Aktion Bern

Anm. der Redaktion:

Über das Layout gibt es immer wieder Diskussionen. Erneut sind einige Änderungen vorgenommen worden und die Schrift ist wieder größer. Allerdings bleibt das Problem, daß die "Ö Punkte" eher zum Buch werden. Die autonomen Themenredaktionen liefern viel Material ausgewählt nach deren Entscheidung,

Betr.: "Vorbildlich im ländlichen Raum? Agenda in Dörverden" (Ö Punkte 1/98, S. 21)
Zerrbild?

Der in der Ö Punkt Ausgabe Frühjahr 1998 erschienene Kommentar von Jutta Sundermann (Agenda in Dörverden) beruht auf einer persönlichen Momentaufnahme ohne eine Hintergrundrecherche. Der Prozeß einer Lokalen Agenda ist jedoch vielschichtig und für Außenstehende ohne Gespräch mit den Beteiligten nicht zu bewerten. Daher nachfolgen der Bericht:

Dörverden ist eine ländliche Gemeinde im Süden des Landkreises Verden, in der heute rund 9600 EinwohnerInnen in zehn Ortschaften zwischen aller und Waser leben. Die strukturschwache Gemeinde ist vom Truppenabbau der Bundeswehr besonders betroffen.

Im Auftrag der Gemeinde Dörverden hat das Moderations und Planungsbüro "mensch & region" aus Hannover 1995 die Entwicklungsstudie "Dörverden 2020" organisiert und begleitet. Mit Hilfe der Moderation und fachlichen Begleitung haben über 130 Personen in 6 Arbeitskreisen und ca. 50 Treffen gemeinsam das Leitbild "Nachhaltige Gemeinde" erarbeitet. Dieses hat der gemeinderat im Oktober 1996 einstimmig beschlossen und ebenfalls einstimmig die Unterstützung des begonnenen Lokalen Agenda Prozeß.

Das Leitbild beinhaltet: Sicherung einer nachhaltigen Landnutzung, Förderung einer ökologischen, innovativen Wirtschaft und Energieversorgung, Langfristiger Ausbau eines sanften Tourismus, Gemeinwesen und Kulturförderung, Behutsame Siedlungserweiterung, Ausbau der kooperativen Verwaltung, Ressourcenschutz.

neben der Aussprache über die gemeinsamen Ziele wurde und wird in den Arbeitskreisen viel Wert auf eine zügige Umsetzung der Ergebnisse gelegt: Beispielsweise findet seit April 1996 ein wöchentlicher Markt von Selbsterzeugern der Region statt. Ebenfalls 1996 entstand der Jugendtreff in einer umgebauten, gemeindeeigenen Wohnung. Die Renovierung und der Ausbau erfolgte mit Unterstützung ortsansässiger Firmen durch die Jugendlichen selbst, eine ABM Kraft sichert die Betreuung und neuer Verein hat die Trägerschaft übernommen.

Für die ungeordnete Campingplatz und Wochenendnutzung rund um den Stedeberger See, ein dauerhafter Streitpunkt in der Gemeinde, konnte 1996 in einem weiteren Moderationsverfahren (einschließlich Planspiel) mit den EigentümerInnen ein konsensfähiges Entwicklungskonzept erarbeitet werden. Vorausgegangen waren zweikonventionale Planungsverfahren, die jeweils am Widerstand der Betroffenen scheiterten.

Für das Ziel einer Wiedereröffnung des Bahnhofs hat die Gemeinde 1996 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Bei der Verkehrszählung und Befragung wirkten engagierte BürgerInnen sowie eine Schülerklasse mit. Das Ergebnis zeigt, daß über 800 Fahrgäste den Bahnhof nutzen wollen und der zusätzliche Betriebsaufwand durch zusätzliche Fahrpreiserlöse gedeckt wird. Auf dieser Grundlage hat die Nds. Landesnahverkehrsgesellschaft Investitionsmittel für den Ausbau des Bahnhofs Dörverden bereitgestellt und wirt im Frühjahr 2000 der Bahnhofsbetrieb starten.

Obwohl die Moderation des Bürgerarbeitskreises 1995 endete, arbeiten 2 Arbeitskreise und 2 neu gegründete Vereine aktiv weiter. 1997 initiierte die Gemeinde erfolgreich einen Solarförderkreis zusammen mit der Nachbargemeinde Hoya. Seit September 1997 wird die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in Dörverden wieder durch die Moderation des Büromensch & region unterstützt dank einer Förderung durch die Bundesumweltstiftung.

Aus der im Artikel kritisierten 3. Bürgerversammlung sind inzwischen folgende neue Arbeitskreise hervorgegangen: AG Kultur, AG Bauen mit Holz, AG Schule, AG Jugend, in Vorbereitung ist die AG Mobilität/Bahnhof.

Gemeinde Dörverden

was wichtig ist. Die Dicke des Heftes und das dadurch entstehende Dreierproblem Arbeit Druckpreis Porto ist für uns zur Zeit nicht recht lösbar.

Wink mit dem Zaunpfahl: Wenn die weiteren Themenredaktionen besetzt sind, vielleicht auch ein paar Menschen mehr Lust haben, in der Kernredaktion

mitzuarbeiten (Zusammentragen der Texte, Layout und Druck, Kümmern um Verteiler, Finanzierung sowie Erstellen der Seiten, die nicht zu den Rubriken gehören) und die finanzielle Basis breiter wird, wird auch ein wichtiges Argument wegfallen, alles so kompakt wie möglich zu machen.

Betr.: Agenda 21 Schwerpunktthema (gekürzte Leserauschrift)

Keine Alternative zur Agendabeteiligung

Unzweifelhaft besteht die Notwendigkeit, die Agenda 21 kritisch zu beleuchten. Allerdings darf nicht aus dem Blickfeld geraten, daß es sich um ein Kompromißpapier handelt, auf das sich über 170 Staaten geeinigt haben. Richtig ist, daß es eine Vielzahl falscher Weichenstellungen (im Mittelpunkt steht die Fixierung auf Wirtschaftswachstum) beinhaltet. Richtig ist aber auch, daß viele Aspekte eingeflossen sind, die auf jahrelangen Forderungen der nichtregierungsorganisationen beruhen. ... wer soll uns, die NROen, die Basisgruppen daran hindern, die Betonung genau auf diese Punkte zu legen, auf eine Auslegung in dem von uns verstandenen Sinn zu drängen. Diejenigen, die sich entschlossen haben, die Möglichkeiten der Agenda 21 aufzugreifen, jetzt an den Pranger zu stellen, als Hilfstruppen der "Mächtigen" zu brandmarken, verhilft nicht zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele. solches Vorgehen schwächt uns und stärkt die Gegenseite. ...

Politische Rahmbedingungen: Etwa seit der Vereinigung der deutschen Staaten im Jahre 1990 sinkt der öffentliche Stellenwert der ökologischen wie auch der entwicklungspolitischen Diskussion rapide. ... In diesem Klima war es der politischen Mehrheit ein Leichtes, Gesetze und Verordnungen dergestalt zu ändern, daß Umweltbelange und Beteiligungsrechte teils real abgebaut wurden, teils auf Grund veränderter Verfahrensrichtlinien trotz materialien Erhalts de facto nicht mehr einzu bringen sind. ... Fast geschlossen ist die Medienlandschaft dieser Entwicklung gefolgt. Kritische Stimmen, die die gesamte Entwicklung in Frage stellen, werden beinahe konsequent totgeschwiegen. ...

Die Diskussion über die (Lokale) Agenda 21 entwickelte sich teils unabhängige von den Umwelt, Eine Welt und Sozialorganisationen zum publizistischen Selbstläufer. Selbst Kommunen, die sich anfangs sträubten (als Beispiel sei unsere Nachbarstadt Oberhausen genannt), sahen sich gezwungen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Es liegt nahe, zu vermuten, daß die meisten vor allem auf ein werbewirksames Etikett zum Zweck der Standortwerbung hofften und, soweit es ökologische Fragen angeht, allenfalls einige Potemkinsche Fassaden errichten wollten. zumindest in Duisburg war ursprünglich überhaupt nicht geplant, die Basisorganisationen zu beteiligen und einzubinden. Lediglich die sogenannten Umweltgesprächskreise, nicht öffentlich tagende Zirkel mit deutlicher Mehrheit auf Seiten der Kommunalpolitik und der Wirtschaft, sollten als "Öffentlichkeit" eingebunden werden. ...

Die Agendadiskussion bot nun uns und ich denke, dies gilt nicht nur in Duisburg die Gelegenheit, das neue Podium zu nutzen und unsere Anliegen wieder in Gespräch zu bringen. Und sie schien zu ermöglichen, endlich die Komplexität, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Sozial, Umwelt Menschenrechts und Entwicklungspolitik einem breiten Publikum vor Augen führen zu können. Es gab keinen Grund, diese Chance ungenutzt verstreichen zu lassen.

Zugegeben: In Duisburg hat sich die Hoffnung bislang nicht erfüllt: Keine der im Rat vertretenen Parteien (...) hat bislang den Eindruck erweckt, daß sie die Agenda für wichtig hält ungeachtet des

seinerzeitigen, einstimmigen Ratsbeschlusses. ... Zwar trieb das für die Agendaarbeit federführende Umweltdezernat die (formale) Diskussion voran, die Fachdezernate aber bekundeten durch Äußerungen und Handlungen offenkundiges Desinteresse bis hin zur deutlichen Ablehnung. Inzwischen hat aber auch das Umweltdezernat deutlich gemacht, daß es unter Agenda lediglich kleine, vor allem von Einzelpersonen und Initiativen getragene Projekte verstehen will, die politisch keine bedeutenden Auswirkungen haben. ... Die Medien (...) ignorieren das Thema fast völlig. ... Die Wirtschaft (...) verweigert sich der Diskussion. ... Die agendabezogenen Aktivitäten zeigen wenig Neigung für ein vernetztes Vorgehen, die weitaus meisten schmoren lieber im eigenen Saft und legen mehr Wert auf isolierte Eigenprofilierung ...

Antikapitalismus: Längst nicht alle, die den Kapitalismus in seiner ungezügelten Form ablehnen, sind grundsätzliche Gegner der Marktwirtschaft. ... Kleine, die "reine Lehre" vertretende Kader jedoch, die bewußt auf partielle Bündnisse verzichten, potentielle Partner/innen gar bekämpfen, bewegen nichts, beseitigen keine Mißstände. Eher steht die geistig moralische Selbstbefriedigung im Mittelpunkt.

Individualisierung: Das zurückgegangene Engagement in den Basisverbänden ... ich zähle auch die großen Umweltverbände dazu ... erklärt sich nicht aus der unerstellten Abkehr von grundsätzlicher Systemkritik. Das Gegenteil zu behaupten, läge zumindest näher an der Wahrheit. es ist verhältnismäßig einfach, Menschen zu mobilisieren, die in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld betroffen sind. ... So findet sich zu bald jedem ökologischen Konflikt eine eigene Bürger/innen/initiative ... Doch angegangen wird nur die örtliche Angelegenheit. ...

Auch diese Situation hat uns bewogen, die Agendadiskussion aufzugreifen in der Hoffnung, neue Interessent/innen zu gewinnen. Dieses Ziel wollen wir weiterhin verfolgen. Aus der Agenda auszu steigen, wenn wir feststellen müssen, daß wir doch nicht erreichen können, steht uns als Option immer zur Verfügung, so lange wir uns nicht in finanzielle oder andere Abhängigkeiten begeben.

Wolfgang Bönig, Duisburg

Zu "Widerstand gegen die A20", Frühjahrsheft 1998

Halb und Unwahrheiten

In Eurem "Hinterland Artikel" über die Baumbesetzungen im Peenetal stehen so viele Halb und Unwahrheiten, daß es ungeheuer spannend wäre zu erfahren, wer denn die begnadete Schreiber dieses Zeugnis des Widerstandes gewesen sind. ... nige unbedeutende Klarstellung sind angebracht:

1. Die MenschInnen, die an den wentssonntagen die Bäume vernichtet und die Baumbesetzungen vorbereiteten, konnten dies unbehelligt von "faktoren" tun, da das Grundstück bis zum 21.12.97, 24 Uhr, im BUND Besitz war und unsere "Baumpflegetmaßnahmen" von diesem gebilligt waren.

2. Das Material, womit die Bäume vernetzt wurden, wäre ohne BUND Unterstützung für uns nicht finanzierbar gewesen.

3. Den BUNDlerInnen, die die "Bullen" (Innen?) unterstützen, in dem sie teilweise den Rettungswagen für den schwerverletzten Dononstranten über Ihr Handy riefen und der völlig konfusem Ein satzleitung vor Ort den Kontakt zu ihrer Dienststelle ermöglichten, um das Chaos vor Ort, dem eben dieser Unfall auch zugeschrieben ist, abzustellen, gilt natürlich unsere tiefste Verachtung.

4. Der Rettungswagen war nach der üblichen Ewigkeit von vielleicht 15 20min an Ort und Stelle.

5. Die Säge des Arbeiters, der den Unfall verursachte, war eine Motosäge und wie es nun genau zu dem Unfall kam, konnte meines Wissens nicht geklärt werden.

6. Wir haben die Feiertage bewußt zuhause verbracht, da wir uns genug Tage im wäldchen um die Ohren geschlagen hatten ... Wer solches Aktionsgeplänkel mit wirksamen Widerstand gegen eine Autobahn verwechselt, der hat irgendetwas falsch verstanden.

Mit revolutionären Grüßen ... einer der Baumbesetzer aus dem Peenetal



Der Stein des Anstosses ...

Die "Ö Punkte" Ausgabe Frühjahr 1998 enthielt den Themenschwerpunkt "Agenda 21"

Das Heft kann gegen 5,50 DM in Briefmarken bei der Redaktion nachbestellt werden.

Gleiches gilt für die Startausgabe von Ende 1997. Schwerpunkt war dort: Windenergie.

Grundsätzlich gilt für Nachbestellungen:

1 Heft: 5,50 DM jedes weitere: 2 DM (einschl. Porto)

Zum Leserbrief

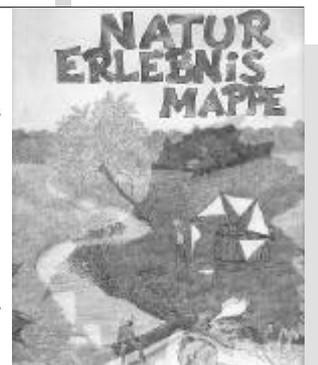
Der Autor des Textes wird sich mit dem Briefschreiber in Verbindung setzen.

Der Tip:

Naturerlebnismappe ein Ordner voller Tipps für das Naturerleben, Spiele in der Natur, einfache Naturschutzaktionen, ergänzt durch organisatorische Tipps zu Finanzierung, Versicherung und Werbung. Vielfältig illustriert! 150 S., im farbigen Ordner ... 12 DM (plus Porto)

Bestelladressen:

Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld
Büchertisch "Landfriedensbruch" Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Brennpunkt Ökosteuern

Benzinpreis auf 5 DM? Ökosteuern für die BürgerInnen, aber nicht für die Industrie? Zurück in die Steinzeit, konsequente Umweltschutzmaßnahme oder Umverteilung von unten nach oben? Nachdem die 1994/95 fast eingeführten Ökosteuern und die zwischen SPD und CDU/CSU/F.D.P. gescheiterte Steuerreform aus der Erinnerung verschwinden, haben verschiedene Äußerungen, vor allem der Beschluß der Grünen zur Steuererhebung auf Autobenzin das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt – diesmal allerdings als Schreckgespenst. Die "Ö Punkte" greifen verschiedene Aspekte der Debatte auf.



zum Thema

26. 28.6. in Saasen
Ökosteuern
schad nix, nutzt nix oder
schlimmer?

Veranstalter: AG Verkehr der
Ökologischen Linken und AG
Antikapitalistische Verkehrs
politik des BIVKO 1997.
Kosten: 20 50 DM (je nach
Einkommen)
Info und Anmeldung
H. König/U. Trescher
Bahnhofstr. 22
27432 Hipstedt
Tel. 04768/685

Termin

17. 22.7. von Darmstadt
bis Kassel
Wood Smog
Klima Aktions Radtour
Info: BUNDjugend Hessen
Postfach 2166
64532 Walldorf
Tel. 06105/44042
Fax 44691
woodsmog@bund.net

Ökosteuern mit Wirtschaftsstandort Deutschland nicht vereinbar?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Saasen Verpackungsabgabe gibt Anlaß zu der Befürchtung, daß eine rot grüne Steuerreform an Verfassungsklagen scheitern wird. Diese Befürchtung ist die zwingende Konsequenz aus der Meinung der Verfassungsrichter, die von der Stadt Kassel der Firma McDonalds (und anderen) auferlegte Verpackungsabgabe sei grundgesetzwidrig. Sie haben diese Grundgesetzwidrigkeit begründet mit dem Hinweis auf das Kooperationsprinzip, das im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgelegt sei. Danach hätten sich Behörden und Unternehmen auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zu einigen. Doch wie die Richter betont haben, sei für den Fall einer Nichteinigung auf Sanktionen, also auf die zwangsmäßige Durchsetzung ökologischer Maßnahmen gegenüber Unternehmen, verzichtet worden. Demgemäß sei die zusätzliche Belastung mit einer Verpackungsabgabe ein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit von McDonalds und Co.

Die Bundesverfassungsrichter vertreten mit ihrem Urteil die Auffassung, McDonald sei von der Verfassung so geschätzt, daß das Unternehmen nicht zur Abfallvermeidung gezwungen werden dürfte. Das heißt nicht anderes, als daß sie wirtschaft-

sen einen verfassungsmäßigen Vorrang vor ökologischen Belangen zugestehen. Mit einer solchen Auffassung ist natürlich eine Ökosteuer gleichgültig auf welcher Ebene (Bund, Länder, Gemeinden) nicht vereinbar. BefürworterInnen des sinnvollen Instrumentes von Ökosteuern sollten deshalb dieses Urteil und die mit ihm ausgelöste Diskussion zum Anlaß nehmen, um sich mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Höherbewertung wirtschaftlicher Belange vor dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen auseinanderzusetzen. Da darf es dann auch nicht fehlen am Mut an der gerade derzeit wieder viel beschworenen zivilcourage, der Behauptung von der verfassungsmäßigen Gebotenheit des Vorrangs für die Wirtschaft zu widersprechen. Und in diesem Zusammenhang wäre ja wohl auch massive Kritik an der Bezeichnung "Kooperationsprinzip" für die getroffene Regelung angebracht. Als ungeheuerlich muß angeprangert werden, daß ein Prinzip, das den Unternehmen gestattet, für wünschenswert gehaltene ökologische Maßnahmen zu unterlassen, der Öffentlichkeit als Kooperation im Interesse des Umweltschutzes angepriesen wird.

Es ist jedenfalls eine Illusion, zu glauben, daß angesichts der Anerkennung des "Kooperationsprinzips" als verfassungskonform Ökosteuern durchsetzbar sind.

Traute Kirsch, Beverungen



Ausnahmeregelungen: Von einer guten Idee zum Dienst für die Großindustrie

Wenn Grüne, Teile von SPD oder CDU sowie die Umweltschutzverbände heute von Öko- oder Energiesteuern reden, dann meinen sie etwas anderes als z.B. 1994. Damals war ein Vorschlag im Rennen, der einheitliche Steuern auf jeden Energieverbrauch bedeutet hätte. Wer viel verbraucht, sollte auch viel bezahlen: Wer viel und/oder mit einem "dicken" Auto fährt, zahlt viel. Konzerne, die viel Energie verbrauchen, zahlen auch viel. Das klingt logisch, denn schließlich sollte das Energiesparen belohnt werden. Im industriellen Sektor sollten Produktionsumstellungen sowie der Ersatz (Substitution) energieaufwendiger Produkte (Aluminium, Chlorchemie, Zement, Düngemittel) durch umweltverträglichere erreicht werden. Auch wenn allein durch Ökosteuern aus einer Welt der Zerstörung und Unterdrückung kein "Paradies" gewor-

den wäre – die Ökosteuern hätten einen Teil zur Lösung der Probleme beitragen können.

Die heutigen Vorschläge sind andere. Nachdem die benannten Energiesteuern am Widerstand einiger Großkonzerne, des BDI und der F.D.P. gescheitert waren, engagierten sich die Umweltverbände nicht länger in der politischen Durchsetzung ihrer Idee, sondern paßten ihren Vorschlag den Forderungen der Großindustrie an: Fortan sollten die, die viel Energie verbrauchen, per Ausnahmeregelung weniger zahlen. Bündnis 90/Grüne griffen den Vorschlag auch und machten Ökosteuern mit Ermäßigungen bis 80 Prozent (d.h. die Großenergieverbraucher zahlen nur noch ein Fünftel) zum Gegenstand ihres Wahlprogrammes. Doch die Industrie hatte etwas anderes bemerkt, nämlich: Die UmweltschützerInnen haben kein Rückgrat. Also lehnten sie zum großen Teil weiter ab. Mit Erfolg:

Ökosteuerkampagne des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

Umweltsteuern

Unter diesem Motto starten die im DNR zusammen geschlossenen Naturschutzverbände eine bundesweite Kampagne zur ökologischen Steuerreform.

Die ökologische Steuerreform ist nach wie vor das zentrale Instrument, um sich dem Ziel eines zukunfts fähigen Deutschland zu nähern. ...

Gemeinsam mit BUND, NABU und in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung startet der DNR eine Kampagne, die zugleich weite Teile der Bevölkerung als auch gesellschaftsrelevante Organisationen erreichen und einbinden will. Grundlage ist das DNR Positionspapier "Ökologische Steuerreform".

Die Öffentlichkeitsarbeit wird sich auf zwei Stränge konzentrieren:

1. Basisorientierte Kampagne ... Organisiert werden die Veranstaltungen von Kreisgruppen und Landesverbänden des BUND und NABU ...
2. Schaffung einer Allianz ... Das Bündnis soll offentlichkeitswirksam präsentiert werden, zum Beispiel durch halb- oder ganzseitige Zeitungsanzeigen, Fernsehspots und Pressekonferenzen.

Und so gehts weiter

Für die Kampagne wird viel Servicematerial bereitgestellt werden, damit möglichst viele Veranstaltungen zwischen Mai und September auf lokaler Ebene entstehen können. Das angebotene kostenlose Servicematerial einschließlich Referentenliste und Mustervorträge ermöglicht den Organisatoren vor Ort, sich nur noch auf organisatorische Aufgaben, wie die Findung eines Veranstaltungsraumes, zu konzentrieren. ...

Überregional sind acht größere Veranstaltungen in Düsseldorf, Freiburg, Erfurt, Hannover, München, Hamburg, Dresden und Frankfurt geplant. ... Die Hauptveranstaltung wird im September in Berlin stattfinden. ...

(aus Deutschland rundbrief März 1998, S. 32)



Die Steuererhöhungen machen ihr berühmt gewordenen 5 DM/Liter Programm auf den Weg, was nichts anderes bedeutet, als daß die Industrie gar nicht mehr zur Kasse gebeten wird. Und die Umweltschutzverbände erhöhen ihr Ermäßigungsangebot für die Großindustriekonzerne: In einem von ihnen im April vorgelegten Buch zur Reform sprechen sie nun von 90 Prozent Rabatt, d.h. die Großen zahlen nur noch ein Zehntel.

Eine solche Energiesteuer verfehlt in wesentlichen Teilen seine Wirkung und lohnt das politische Engagement nicht – es sei denn, es geht nur um Imagewerbung, Stimmen und Mitgliederfang. Und natürlich um Geld, denn wer freundlich ist zur Großindustrie, kann kassieren. Um das Instrument einer linearen Energiesteuer aber ist es sehr, sehr schade!

Jörg Bergstedt, Institut für Ökologie

Nachrichten

Die Wette

"Wetten, daß ... wir 10.000.000 Kilogramm Kohlendioxid und 10% des CO₂ Ausstoßes unserer Schulen einsparen und so in 7 Monaten das Klimaschulziel der Bundesregierung für die nächsten 7 Jahre erreichen?"

So lautet der Text der Wette, die die BUNDjugend eingehen will. Gefördert vom Ökofonds der Grünen will sie mit Schulen in Kontakt treten und diese zum Mitmachen gewinnen. Der Zeitplan: Jetzt laufen die Kontaktaufnahmen. Im September gibt es Auftaktveranstaltungen. Im Oktober startet die Wette und läuft dann bis Mai '99, im Juni folgt ein Festival.

Kontakt: Wettbüro der BUNDjugend, Rothenburgstr. 16, 12165 Berlin. Tel. 030/797066 10, Fax 20, wettbuero@bund.net

Expo:

Regenwaldhaus ohne Regenwaldmenschen

Dreißig Millionen soll das geplante Regenwaldhaus kosten, daß für die EXPO 2000 in Hannovergebaut werden soll. Hauptfinanzier wird mit 20 Millionen DM VW do Brasil sein. VW do Brasil lieferte vor Jahren Schlagzeilen, als es im Amazonas Urwald ein Gebiet von einem Drittel der Größe Niedersachsens für Viehweiden hatte abholzen lassen. Zweitgrößter Geldgeber wird mit 7 Millionen CINEMAX sein, ein Medienkonzern, dem für seinen Ruf ein Projekt gut erscheint, was viele mit Naturschutz in Verbindung bringen werden. Weiterer Geldgeber ist das Land Niedersachsen mit drei Millionen DM. Bei der Vorbereitung mit dabei sind der WWF und der Verlag Gruner&Jahr mit seiner GEO Regenwaldstiftung. NICHT präsent werden sein die Menschen des Waldes, die Pygmäen, Negritos, Waldindianer und andere. nach Mitteilung von Hartmut Heller, Freunde der Naturvölker e.V., sind sie so gar ausdrücklich eingeladen worden. Einer der Begründungen lautete von Seiten des WWF, die Indianer hätten weder zum Schutz der Regenwälder beigetragen noch täten sie es derzeit, dahingegen nähmen sie an der Zerstörung teil ...

(Auszug aus Relaciones, April 1998, S. 22)

Adresse

Deutscher Naturschutzring
Edgar Endruckaitis
Am Michaelshof 8 10
53177 Bonn
Tel. 0228/40097 67
Fax 359096

Zusammengesetzt von

Jörg Bergstedt

Agenda, Expo, Sponsoring Recherchen im Naturschutzfilz

Ein Blick hinter die Kulissen: Filz zwischen Umweltschutzverbänden, Staat und Wirtschaft. Wer kungelt mit wem? Welche Abhängigkeiten bestehen? Gesonderte Kapitel zu Andersleben Projekten, brauner Ökologie und "Öko" Kapitalismus. 400 S., A5, 39,80 DM

Bestelladressen:

Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818,
36228 Bad Hersfeld
Büchertisch "Landfriedensbruch", Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen



Zeitschriftenschau

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) (125/126, April 98)
Lebensmittel und Freisetzung;
Schwerpunkt I: Bioethik-Konvention;
Schwerpunkt II: Reproduktionstechnologie

BioSkop (März 98)
Schwerpunkt Euthanasie international;
Bioethik-Konvention; Experimente mit Menschen; Medizinrecht

Arzt und Umwelt (2/98)
Gentechnik und synthetische Biologie

Aktionsradtour geGen 98

Wie im letztjährigen Sommer soll es auch in diesem Jahr eine von möglichst vielfältigen Öffentlichkeitsaktionen begleitete Fahrrad tour für eine gentechnikfreie Landwirtschaft geben. Die Tour verläuft von Sachsen nach Hessen. Es werden Aktionsvorschläge und MitorganisatorInnen gesucht!

Informationen bei: Cornelia Schindler, Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, (030)6857073, Fax 6841183, email: GeN Berlin @ aol.com.

geGen Ausstellung

Seit Ende März läuft in großen Museen Deutschlands und der Schweiz ein Werbefeldzug für die "faszinierenden" Ergebnisse der Gentechnik. Ein Zeichen dagegen setzt jetzt der Wiener Künstler Oliver Ressler mit einer Plakatserie, die Formen des Widerstandes gegen die verschiedenen Anwendungsgebiete der Gentechnik dokumentiert. Im Rahmen der Aktivitäten werden in 12 Institutionen und Galerien in Österreich, Deutschland und der Schweiz Warnschilder gegen Gentechnologien installiert.

Informationen direkt beim Künstler: Oliver Ressler, Apostelgasse 35/1/25, A 1030 Wien, Tel. und Fax (0043)1 7132398.

Volksinitiative "Gentechnikfrei aus Bayern" gescheitert

Die notwendige Unterschriftenaktion zum Start des Volksbegehrens erbrachte mit 230000 Unterschriften bis zum 8. Januar 55000 mehr als notwendig gewesen wären. Das riß die CSU aus ihrem Dornröschenschlaf. Sie peitschte im März im Schnellverfahren ein Gesetz ähnlichen Inhalts durch den Landtag. Trotzdem hielt die Initiative weiterhin an ihrem Volksbegehren fest. Denn das am 16.4.98 in Kraft getretene CSU Gesetz sieht keine umfassenden Prüfverfahren vor, fordert andererseits totale Gentechnikfreiheit, die aufgrund der ungehinderten Verbreitung genmanipulierten Erbmateriale in der Umwelt nicht wirklich garantiert werden kann. Dennoch ist die Initiative nun gescheitert. Statt der notwendigen Unterschriften von 10 Prozent der Wahlberechtigten kamen bis zum Stichtag 7.5.98 nur 4,9 Prozent zusammen. Ein Grund lag in der Kürze der Frist zur Sammlung dieser Unterschriften. Der größte Teil kam in den letzten Tagen der vorgesehenen zwei Wochen zusammen. Unter dem Strich bleibt, daß eine gentechnikfreie Kennzeichnung von Lebensmitteln bundesweit zum Thema geworden ist. Neben Niedersachsen werden auch Mecklenburg Vorpommern und Schleswig Holstein dem bayerischen Beispiel folgen.

Informationen bei: Initiativkreis "Gentechnikfrei aus Bayern", Umweltinstitut, Schwere Reiter Str. 35/1b, 80797 München, Holger Melzer, (089)30774912, Fax 30774930

Volksinitiative "Gentechnikfrei aus Niedersachsen" braucht Geld

Seit dem 8. Dezember 1997 läuft die niedersächsische Volksinitiative. Die bis Ende Juli erforderliche Anzahl von Unterschriften von 25000 wurde schon am 23.4.98 um 3000 übertroffen. Bis Ende Juli werden noch DM 50000, zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Sachkosten gebraucht.

Kontakt: Koordinationsstelle Volksbegehren "Gentechnikfrei aus Niedersachsen", Goebenstr. 3 a, 30161 Hannover, (0511)3943444, Fax 45.

Entscheidungsfreiheit für gentechnikfreie Produkte

Beim Kauf von Lebensmitteln sollen sich die VerbraucherInnen bewußt für gentechnikfreie Produkte entscheiden können. Dies zu erreichen startete Ende April der Europäische Verbraucherverband (BEUC) eine entsprechende Kampagne in Brüssel. Gefordert wurde u.a. die Gentechnikfreiheit von Ausgangsprodukten und eine klare Kennzeichnung.

(Quelle: Greenpeace Gentechnik News vom 30.4.98)

Nestlé verkauft Gentech Nahrung

Der Nestlé Konzern hat mit dem Verkauf genmanipulierter Lebensmittel begonnen. Seit Dezember 97 vertreibt das Unternehmen in Deutschland Sondernahrung für Krankenhäuser. Sie enthält Sojaweiß aus genmanipulierten Sojabohnen. Im Januar hatte der Konzern die Öffentlichkeit über den Verkauf informiert und zugleich beruhigt, weil alle Produkte gekennzeichnet würden. Das erste Produkt ist nun aber eine Sondernahrung, die den meist bewußtlosen PatientInnen durch die Nase eingefloßt wird. Die Kennzeichnung der Nahrung unter diesen Umständen als Entscheidungshilfe darzustellen, grenzt an Verhöhnung.

(Quelle: Greenpeace Gentechnik News vom 30.4.98)

Versauerter Honig

Bei einer vom Öko Test Magazin in Auftrag gegebenen Untersuchung stieß man auf drei Honigsorten aus Kanada, die Pollen von gentechnisch verändertem Raps enthielten. Betroffen sind kanadischer Raps Klee Honig von Clover Crest und Klee Honig von Biophar. Der Honig ist

Gen-Camp geräumt

Gentec Rübe ausgesät

Am Vormittag des 11.05.1998 war es soweit. 40 50 Mitarbeiter des IfZ und Landwirte demontierten das Gen Camp in Rosdorf/Obernjesa unter den Augen der teilnahmslosen Polizei.

Sehr schnell wurde eine Bodenbearbeitung und die Aussaat der genmanipulierten, herbizidresistenten Zuckerrüben vorgenommen. Insbesondere die Landwirte sind mit großem Eifer an die Zerstörung des Camps herangegangen. Auf das Angebot der BesetzerInnen, die Zelte und Anderes selbst abzubauen wurde nicht eingegangen. Die Zusage von der Polizei und Herrn Harms, AgrEvo, einen Teil des Camps unbehelligt zu lassen wurde mißachtet. Bis etwa 80 weitere GentechnikgegnerInnen 11/2 bis 2 Stunden später eintrafen war die Aussaat fast abgeschlossen. Eine aktive Behinderung der weiteren Arbeiten wurde bewußt nicht durchgeführt.

Fünf Wochen bestand die Ackerbesetzung in Rosdorf/Obernjesa. Nur durch diese Aktion war es möglich das Thema in der Region weiter am kochen zu halten. Anfänglich Skepsis gegenüber dieser Widerstandsform, auch eines Teils der GentechnikkritikerInnen, wich einer breiten Unterstützung des Laagers. Erfolgreich wurde die Bevöl-

kerung über die Gefahren dieses Versuches, und der Gentechnik in der Landwirtschaft allgemein, informiert. Nach Ansicht des Aktionsbündnisses Friedland/Rosdorf für Gentechnikfreie Landwirtschaft ist dies schon der halbe Weg zum Erfolg. "Sobald die VerbraucherInnen merken, daß es bei der Gentechnik ausschließlich um die Profitgier der Großindustrie geht, und nicht etwa um gesündere Nahrungsmittel, ist der Schritt hin zur Ablehnung dieser Technologie nicht mehr weit. Diese Haltung kann die Bevölkerung dann an der Wahlurne und beim Einkauf von Lebensmitteln zum Ausdruck bringen.

"Trotz Räumung und Aussaat war die Besetzung ein Erfolg, es hat sich allemal gelohnt", so die allgemeine Einschätzung der DemonstrantInnen. Auch in den nächsten Monaten wird das Aktionsbündnis nicht verstummen, und seinen Protest deutlich zum Ausdruck bringen.

Aktionsbündnis (siehe links).

Kontaktadresse

Aktionsbündnis Friedland/Rosdorf für gentechnikfreie Landwirtschaft (Alexander Hissing)
Tel.: 05542/98 12 42
05542/71 455 (privat)
Fax: 05542/98 12 42
Email: hissing@wizuni-kassel.de
http://www.wizuni-kassel.de/fsr/ger/studgr/arche/ortea-f/friedlan.html

Themenredaktion "Gentechnik"

Thomas Schmidt
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9
23543 Lübeck
Tel. 0451/7070646
Fax 0451/7020748
(Vermerk "An T. Schmidt")



nicht entsprechend gekennzeichnet. In Kanada wächst auf 20 Prozent der gesamten Rapsanbaufläche genmanipulierter Raps, der gegen das Wildkrautvernichtungsmittel Basta resistent ist. Bienen, die Felder mit genmanipuliertem Raps besuchen, verbreiten deren Pollen auch auf andere Felder. In Niedersachsen wurde nachgewiesen, daß die Resistenzgene des Raps durch Pollen auf andere Pflanzen übertragen und in deren Erbgut eingebaut werden. Diese unkontrollierte Verbreitung des manipulierten Genmaterials führt dazu, daß auch Bio Bauern die hundertprozentige Natürlichkeit ihrer Pflanzen nicht mehr garantieren können.

(Quellen: GiD 125/126, April 98 und Öko Test Magazin April 98)

Gesundheitsrisiken aufgrund Anbau von Gentech Mais

Werden Pflanzen gentechnisch gegen Antibiotika resistent gemacht und großflächig angebaut, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Antibiotikaresistenz auf Keime von Mensch und Tier überträgt. Gefährliche Krankheitserreger werden dann mit den herkömmlichen Antibiotika nicht mehr wirksam bekämpft werden. Zu diesem Schluß kommt die Studie: "Antibiotikaresistenzgene in transgenen Pflanzen", die das Öko Institut Freiburg im Auftrag von Greenpeace erstellt hat. Greenpeace fordert nun ein europaweites Verbot der Gen Mais Sorten.

Informationen beim Ökoinstitut Freiburg, Dr. Barbara Weber, Dr. Claudia Ekelkamp, Dr. Manuel Jäger unter Tel. (0761)452950 oder bei Greenpeace, Jan van Aken (040)30618 396.

Neue Gen Mais und Gen Raps Sorten auf dem Markt

In der EU können vier weitere genmanipulierte Pflanzensorten vermarktet werden, drei neue Gen Mais und eine neue Gen Raps Sorte. Dabei handelt es sich um Mais der Unternehmen Monsanto, Novartis und AgrEvo sowie Raps von AgrEvo. Die Sorten wurden gegen Schädlingsbekämpfungsmittel oder bestimmte Bakterien resistent gemacht. Die Maissorten von Monsanto und AgrEvo dürfen auch in der EU angebaut werden. Bisher waren in der EU je eine Sorte Gen Mais und Gen Raps zur Vermarktung zugelassen. Für jede genmanipulierte Pflanze muß ein neues Genehmigungsverfahren durchlaufen werden.

(Quelle: Greenpeace Gentechnik News vom 30.4.98)

Freisetzungsorte 1998 im Kurzüberblick

Seit Jahresbeginn bis Ende März 98 wurden für folgende Standorte Freisetzung beantragt: Renningen (Baden Württemberg); Oberviehhausen (Bayern); Golm (Brandenburg); Böhlendorf, GroßLuckow, Malchow auf Poel, Sanitz, Tarnow (alle Mecklenburg Vorpommern); Wetze (Niedersachsen); Bad Salzuflen und Brenken (Nordrhein Westfalen); Birkau (Sachsen); Gatersleben (Sachsen Anhalt).

Im gleichen Zeitraum nachgemeldet wurden: einerseits in seiner Fettsäurezusammensetzung veränderter Raps in Langenbach (Bayern) und Leutewitz (Sachsen) sowie andererseits herbizidresistente Zuckerrüben in Schöntal und Waldmannshofen (Baden Württemberg); Auernhofen, Erbshausen Seligenstadt und

Langerling/Hagelstadt (Bayern); Prenzlau (Brandenburg); Altentreptow (Mecklenburg Vorpommern); Ahnsen Sülbeck, Höckelheim, Hohenhameln Rethmar, Ingeleben (alle Niedersachsen); Erkelenz Hauerhof und Biermsen/Uebbenstrup (Nordrhein Westfalen); Nossen (Sachsen); Ottersleben Olvenstedt (Sachsen Anhalt).

(Quelle: Rundbrief 21 des Gen ethischen Netzwerks)

Vereinfachte Freisetzungen europaweit

Die von der Industrie geforderte Deregulierung der EU Freisetzungsrichtlinie steht kurz bevor. Der neue Entwurf der Richtlinie unterscheidet zwischen zwei Arten von Freisetzungen. Kategorie 1 umfaßt solche, die aufgrund des vorhandenen Wissens als hinreichend sicher eingestuft werden. Unter Kategorie 2 fallen alle übrigen Freisetzungen. Kategorie 1 gilt u.a. dann, wenn der Wissensstand ausreicht, um davon ausgehen zu können, daß der gentechnisch veränderte Organismus keinerlei erhöhte Risiken hinsichtlich Giftigkeit oder dem Auslösen von Allergien mit sich bringt. Seine Fähigkeit, sich in der Umwelt auszubreiten und genetisches Material an andere Organismen abzugeben, darf sich nicht negativ auswirken. Freisetzungen dieser Kategorie 1 unterliegen nunmehr nur noch einem stark gerafften Verfahren (30 Tage Benachrichtigungsfrist) und können in sämtlichen EU Mitgliedsländern ohne erneuten Antrag vor Ort erfolgen. Nach Annahme des neuen Entwurfs durch die EU Kommission im Februar werden die notwendigen Lesungen im EU Parlament voraussichtlich im April und Mai erfolgen.

(Quelle: GiD 125/126, April 98)

Zeitschriftenschau

"Zerstörung von Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen". Nicola Arnat und Joachim Schiemann. In: Nachrichtenblatt Deut. Pflanzenschutz. 49 (6), S. 150-155, 1997, ISSN 0027-7479.

Aufarbeitung von Acker-Aktionen bis 1996 mit Datenmaterial der Betreiber. Incl. einer Schätzung der entstandenen Gesamtkosten. Über acht Standorte wird detailliert berichtet. Auch darüber wie die Felder zerstört wurden. Diese Untersuchung wurde in Auftrag gegeben von der BBA.

Auszüge aus einer Erklärung des Aktionsbündnisses

Am 6.5. nahmen die FeldbesetzerInnen Stellung zu ihrer Nichtberücksichtigung bei einer Podiumsdiskussion des "Göttinger Tageblattes". Dabei wurden die Gründe für die Feldbesetzung benannt:

Zum einen ist es uns wichtig, die Freisetzungen gentechnisch manipulierter Pflanzen nicht widerspruchsfrei hinzunehmen. Das vereinfachte Genehmigungsverfahren, nach dem die 30 Standorte dieser Versuchsreihe nachgemeldet wurden, erlaubt allerdings keinerlei Beteiligung und Einwendungsmöglichkeiten. Das Göttinger Tageblatt hat übrigens in seinem Beitrag zur rechtlichen Situation vom letzten Dienstag genau dieses Vereinfachte Verfahren nicht dargestellt. Die sogenannten Informationsveranstaltungen durch das IfZ waren sehr kurzfristig angekündigt, hatten weder Dialog noch Diskussion zum Ziel, ja nicht einmal umfassende Informationen wurden vermittelt. Zwar wurde immer wieder betont,

daß unsere Befürchtungen und Ängste ernst genommen würden, und genau diese unsere Sorgen sollen angeblich auch der Anlaß für die Informationsveranstaltungen gewesen sein. Jedoch stellte sich dann durch den Ablauf und erst recht durch den Inhalt dieser Vortragsabende heraus, daß es nichts weiter als Werbeveranstaltungen zur Akzeptanzbeschaffung waren. Sorgen und Zahlen, Daten, Fakten von unserer Seite wurden totgeregnet, aber nicht entkräftet

Zum anderen ist es uns mit dem Zeltlager wichtig, eine Anlaufstelle für Interessierte hier am Ort zu haben. Informationsmaterial und Zeit für Gespräche und Diskussionen sind reichlich vorhanden, und Sie sind herzlich eingeladen, die Men-

schen im Camp zu besuchen.

Bei der Veranstaltung heute Abend empfinden wir die Auswahl der Gesprächsteilnehmer als merkwürdig. Auf dem Podium sitzen drei argumentativ geschulte Wissenschaftler, die routinemäßig redegewandt sind. Alle drei Herren sind hier nicht als Privatpersonen zum öffentlichen Diskutieren erschienen, nein, sie werden als Vertreter sehr großer Konzerne, finanzkräftiger Großunternehmen und deren zuarbeitender Forschungsinstitute zu uns sprechen. Wie bei allen Unternehmen, erst recht bei so erfolgreichen, liegen ihre Interessen in ihrem ökonomischen Gewinn, nicht in dem Nutzen oder Gewinn landwirtschaftlicher Betriebe.

Medienmanipulation durch Gen Multis

Die Zeitschrift "raum & zeit" veröffentlichte jetzt ein ihr zugespieltes Strategiepapier, welches ein US Marketingkonzern im Auftrag von Gen Multis erstellt hat. Darin wird unverhohlen beschrieben, wie Medien und Öffentlichkeit zu manipulieren seien, damit die Europäer endlich begreifen, daß gentechnisch verseuchte Lebensmittel kein Übel sondern geradezu gesund sind. Hier einige wenige Zitate: "... um jeden Preis die Entstehung eines medienzentrierten Ereignisses vermeiden, das automatisch protestierende Umweltgruppen an den Veranstaltungsort ... anlocken würde. Die Folge wäre natürlich eine erhebliche Medienberichterstattung die sich jedoch unweigerlich auf die Konflikte im Zusammenhang mit den Biotechnologien aufhängen würde ...". "Die praktische Zielsetzung ... besteht in ... positiven Darstellungen der Bioindustrie vor, während und nach dem Kongreß, jedoch nicht in der Teilnahme der Medien am Kongreß oder einer Berichterstattung über den Kongreß als solchen". In diesem Sinne solle man vor allem das Radio nutzen: "... wird es eine erhebliche gleichzeitige Berichterstattung europaweit geben, jedoch ohne die Risiken, die mit der Anwesenheit von Live TV Teams verbunden sind, die nach Konflikten suchen".

(Quelle: raum & zeit 91 und 92/98)

Wundervolle Zukunftsaussichten

Gentechnisch manipulierte Pflanzen, die fremde Gene wie auf Knopfdruck ein- und ausschalten, sind das nächste Ziel der Forscher. Auf diese Weise könnten gezielt Blütenbildung oder gegen Schädlinge gerichtete Giftproduktionen durch die Pflanze selbst angeregt werden. Bislang funktionieren die Systeme aber nur im Labor unter hohem technischen Aufwand sowie häufig nur unter Zuhilfenahme von Antibiotika. Brian Tomsett von der Liverpooler Universität hat nun einen "Gen Schalter" erfolgreich in Tabakpflanzen eingebaut, der durch eine 0,1%ige Alkohollösung aktiviert wird. Der "Gen Schalter" stammt aus einem Pilz und bewirkt nach Besprühen der Pflanze mit der Alkohollösung die Bildung eines Eiweiß in den Pflanzenwurzeln. Die wissenschaftliche Gemeinde lobt das Experiment. Wenn die Pflanzen die Alkohollösung unbeschadet überstünden, sei dies ein ideales, weil preiswertes und leicht anzuwendendes System für den breiten Gebrauch in der Landwirtschaft.

(Quelle: GiD 125/126, April 98)

Blaue Nelke

Erstmals kommt in Europa eine gentechnisch manipulierte Schnittblume auf den Markt. Es ist eine Nelke mit den blauen Farben der Petunie. Die Nelke selbst färbt sich durch allerdings nicht blau sondern hell violett. Die niederländische Firma Florigena aus Rijnsburg hat für den Vertrieb eine

Genehmigung der EU bekommen. In Deutschland wird die Pflanze mit Namen "Moondust" frühestens im nächsten Jahr im Geschäft stehen.

(Quelle: Greenpeace Gentechnik News vom 30.4.98)

EU Richtlinie "Patente auf Leben" ist verabschiedet

Die Gentechnikindustrie hat einen Sieg der wirtschaftlichen Interessen erreicht und damit nach Ansicht der Grünen der Biopiraterie Tor und Tür geöffnet. Menschliche Gene sind jetzt im Zweifelsfall bloßes verwertbares Material. Denn nach der neuen Richtlinie können sie künftig patentiert werden, wenn der medizinische Nutzen nachgewiesen wird. 20 Jahre lang hat dann der Patentinhaber das alleinige Recht, sein Forschungsergebnis kommerziell zu verwerten. Vom Patentschutz ausgenommen sind lediglich das Klonen von Menschen, die Forschung an Embryonen zu kommerziellen Zwecken sowie eine Manipulation der Erbsubstanz. In Ärzten und Patientenverbänden gab es durchaus Stimmen, daß Patente auf Gene die Forschung keineswegs immer fördern, sondern häufig verhindert haben. So ist beispielsweise die Entwicklung eines Anti Aids Medikaments stecken geblieben, weil das dazu nötige Gen durch ein US Patent blockiert wird.

(Quelle: Taz vom 13.5.98)

Drohende Entscheidung im Kampf um Bioethik Konvention

Eine Gruppe einflussreicher ParlamentarierInnen will per Antrag erreichen, daß der Bundestag die Bundesregierung in den nächsten Wochen auffordert, die Bioethik Konvention des Europarates zu unterzeichnen. Sie ermöglicht Gentests zur Krankheitsvorhersage ohne den bisher vorgesehenen Datenschutz, Eingriffe in die menschliche Keimbahn, Verbrauch der Forschung an Embryonen und die Entnahme regenerierbarer Organe aus nicht einwilligungsfähigen PatientInnen (z.B. Neugeborene, Kinder, im Koma befindliche und geistig behinderte Menschen). Für die Unterzeichnung machen sich u.a. Jürgen Rüttgers, Horst Seehofer und Edzard Schmidt Jortzig stark. Wer den Protest der Bürgerinitiativen und des 60köpfigen Bündnisses für Menschenwürde im Bundestag gegen die Unterzeichnung noch mittragen will, muß sofort handeln.

Informationen bei: "Bürger gegen Bioethik", c/o Ursel Fuchs, Tel. und Fax (0211)551037.

Wie weit kippen Die Grünen noch um?

Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen beschloß zum Thema Gentechnik Anfang März in Magdeburg ein klares: "Nein, aber ...". Das Bundestagswahlprogramm lautet nun: "Der Sackgassenweg der High Tech Me-

dizin verstärkt sich durch den Einsatz der Gentechnik. In ihren Möglichkeiten weit überschätzt, hat sie im Einzelfall bei einigen Medikamenten und Diagnostika einen bedingten Nutzen. Den Risiken muß durch größtmögliche Transparenz und Kontrolle der Forschung, eine begleitende Risikoforschung und eine Verschärfung des Haftungsrechtes soweit wie möglich begegnet werden. (...) Bündnis 90 / Die Grünen lehnen Gentechnik in der Medizin weiterhin im Grundsatz ab. Wir respektieren jedoch den Einsatz der Gentechnik bei Medikamenten, Diagnostik und Grundlagenforschung, wenn die heutige Medizin den Betroffenen keine Alternative bietet".

(Quelle: GiD 125/126, April 98)

Heimlich, heimlich

Ohne ihr Wissen wurden Mitarbeiter des staatlichen Lawrence Berkeley National Laboratory in den USA jahrelang genetisch getestet. Ein Gericht in San Francisco erklärte nun die Gentests für rechtswidrig, weil sie die Privatsphäre der MitarbeiterInnen verletzen. Das Argument der Institutsleitung, daß die MitarbeiterInnen freiwillig an den medizinischen Untersuchungen teilgenommen und damit indirekt ihre Einwilligung zum Test gegeben hätten, wollte das Gericht nicht anerkennen. Zur Durchführung eines Gentests sei die ausdrückliche Zustimmung der Personen einzuholen, stellte das Gericht fest. Das staatliche Labor ist eine zentrale Einrichtung des US amerikanischen Human Genome Projekts, welches das Ziel verfolgt, sämtliche menschlichen Erbanlagen zu entschlüsseln.

(Quelle: GiD 125/126, April 98)

Staatlicher Rassismus per DNA Analyse

Auswärtiges Amt und Ausländerbehörden weiten den Einsatz des genetischen Fingerabdrucks klammheimlich aus. So haben Kinder von legal in Deutschland lebenden irakischen Flüchtlingen nur noch dann eine Chance auf Familienzusammenführung, wenn sie einen Speicheltest zwecks einwandfreier Klärung der Verwandtschaftsverhältnisse machen lassen und diesen bezahlen können. Die Initiative Pax Christi stellt fest, daß es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Illegal ist weiterhin, daß die Daten der DNA Analyse nicht den Datenschutzbestimmungen entsprechend behandelt werden.

(Quelle: eine ausführliche Darstellung findet sich im GiD 125/126, April 98)

Erhöhte Nikotingehalte durch Gentechnik

Erhöhte Nikotingehalte in Zigaretten durch gentechnische Eingriffe musste die amerikanische Firma DNA Plant Technology einer Untersuchungskommission des US Justizministeriums eingestehen. Durch diese Manipulation sollten Konsumentenabhängigkeiten verstärkt werden.

Hinweis

Die letzten Informationen zur Gentechnik stammen aus der Redaktion "Landbau"

Möglicherweise ist mit Brown & Williamson, dem drittgrößten Tabakkonzern der USA, eine weitere Firma in den Skandal verwickelt.

Quelle: Unabhängige Bauernstimme 3/98, S. 16.

Kaninchen krank Gentechnik schuld?

Der Hälfte aller französischen Kaninchen haltenden Betriebe macht eine neue Krankheit zu schaffen, die so die Vermutung durch einen Virus ausgelöst worden ist. Da auf Biobetrieben bisher keine Probleme aufgetreten sind, wird spekuliert, dass die Ursache in industriell gefertigten Futtermitteln liegen könnte. Hierzu zählen auch Presskuchen auf der Grundlage gentechnisch veränderter Sonnenblumensamen, die als Mitverursacher der Krankheit diskutiert werden.

Quelle: Unabhängige Bauernstimme 3/98, S. 16.

Gentechnisch hergestellte Lebensmittelenzyme: Bisher nicht auf der Zutatenliste

Etwa 30 gentechnisch hergestellte Lebensmittelenzyme werden derzeit in Europa eingesetzt. Erkennbar ist dies für den Verbraucher jedoch nicht. Die Zahl der auf gentechnischem Wege hergestellten Lebensmittelenzyme nimmt jedoch stetig zu. Gerd Spelsberg, Vorstandsmitglied der Verbraucherinitiative, nennt als Grund die "enormen Kostenvorteile" der Gentechnik bei der Herstellung, die "immer mehr Enzyme ins Lebensmittelsortiment" brächten. Sie sind zu finden in Pralinen, Mayonnaise, Fruchtsaft, Aromen und viele anderen Produktgruppen. Anders als beispielsweise Zusatzstoffe fallen Enzyme nicht in die Gruppe zulassungspflichtiger Stoffe. Das ist für die Verbraucherinitiative Anlass, eine Deklarationspflicht zu fordern. Ferner wurde die Datenbank der Verbraucherinitiative, TransGen, um eine Liste mit gentechnisch veränderten Enzymen erweitert. Hier wird ein Überblick über die Anwendung von Enzymen in verschiedenen Produktgruppen gegeben, ausserdem enthält die Datenbank Detailinformationen mit Angaben zum Ausmaß der derzeitigen gentechnischen Herstellung und Hinweisen für Schimmelpilzallergiker bei Enzymen auf Pilzbasis.

Näheres: Hiltrud Trottenberg, Die Verbraucherinitiative e.V., Breite Straße 51, D 53111 Bonn, Tel. 0228 72633 97; Fax 99

Datenbank: <http://www.transgen.de>

Marktzulassung von Gen Mais und Gen Raps durch die EU

Aufgrund von Anträgen aus Großbritannien und Frankreich wurde von der EU Kommission eine Marktzulassung für vier gentechnisch modifizierte Organismen (GMO) erteilt. Damit können vier teilweise importierte Sorten Raps und

Mais auf dem Markt frei verwendet und angebaut werden. Es handelt sich um herbizidtoleranten Raps und Mais von AgrEvo, um mit einem Gen von Bt, Bacillus Thuringiensis, versehenen Mais von Monsanto und einen ebensolchen von Novartis mit zusätzlich erhöhter Glufosinat-Toleranz.

Greenpeace hat nach der Zulassung Frankreich und die EU Kommission aufgefodert, die Zulassung für den Mais von Novartis zurückzuziehen. Die von der Pflanze produzierten Insektizide schädigen auch Tiere auf der nachgelagerten Stufe der Nahrungsmittelkette, beispielsweise nützliche Raubinsekten. Entsprechende Untersuchungen seien durch eine Studie der Zeitschrift "Environmental Entomology" bekannt geworden.

Quelle: Informationen der Zentralen Markt und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP) Erzeugerpreise für Produkte aus ökologischem Anbau, Nr. 18, 30.4.1998, S. 6

Näheres: Zentrale Markt und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP), Rochusstr. 2, D 53123 Bonn, Tel. 0228 9777365, Fax 369.



5.6.98 in Braunschweig

Die Unesco Bioethik Deklaration

Tagung der Fachhochschule, des DGB und der Lebenshilfe Braunschweig ab 10 Uhr im Gemeinschaftshaus Weststadt, Ludwig-Winter-Str. 14, 38120 Braunschweig.

12.-14.6.98 in Iserlohn

Neue Technologien und Lebens(mittel)qualität

Auswirkungen der Gentechnik auf die Lebensmittelproduktion. Tagung mit Beteiligung des Öko-Instituts Freiburg. Anmeldung: Ev. Akademie, Haus Orfiohn, Berliner Platz 12, Iserlohn, 02371/352144145, Fax 352169.

20.6.98 in Berlin

Gentechnik und Ernährung Chancen und Risiken

11. Umweltmedizinisches Kolloquium des ZAUM e.V. ab 9 Uhr im Großen Hörsaal der Medizinischen Fakultät der Humboldt Universität. Infos unter 030/5509344, Fax 5506667.

26.6. in Weihenstephan

Ökologischer Landbau und Gentechnik.

Ganztägige Vortragsveranstaltung. Näheres: Dr. Hans-Jürgen Reents, Koordinator für Ökologischen Land- und Gartenbau der TU München-Weihenstephan, 85350 Freising. Tel: 08161/713778

2.-9.8.98 in Sachsen und Hessen

Radtour geGen '98 für eine gentechnikfreie Landwirtschaft.

Infos bei Cornelia Schindler 030/6857073.

24.9. in Offen od. Zürich

Gentechnik in Nahrungsmitteln Bedeutung für die Landwirtschaft

Veranstalter: Landwirtschaftliche Beratungszentrale, LBL, Eschikon 28, CH-8315 Lindau, Tel.: 0041/52/3549700

20.-22.11. in Winsen/Aller

Gentechnik und Ernährung

Einführungseminar für Frauen. Veranstalter: NABU-Akademie, 29308 Winsen/Aller, Tel.: 05056/970111, Fax 970197

Aktion

Bis Ende April 1998
Unterschriftensammlung
für Anzeige "Unterzeich-
nung des "Manifestes der
1435 Worte" möglich" in
Überall für eine Flächen-
bahn. Gegen den Kurs
auf's Abstellgleis. Siehe
IDV 53 und in Abschnitt IV.
Kontaktadresse: Umkehr
e.V.
Exerzierstr.20
13357 Berlin
Tel. 030/4927-473, Fax:
-972

Daimler-Werbefoto

Themenredaktion
"Verkehr"



Broschüren:

Benzinpreis-Debatte Fakten und Argumente für eine deutliche Erhöhung der Mineralölsteuer liefert die 24-seitige Broschüre "Umwelt statt Motorwelt", die vom UMKEHR und FUSS e.V. herausgegeben wurde und für 10 DM (per Brief oder auf Rechnung) erhältlich ist: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/492-7473, Fax: -7972

Das Faltblatt "Luft zum Leben" kann kostenlos, das Buch "Traffic and Health" für 200 belgische Francs bei T&E, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel, Fax 0032 2 502 99 08, email: tande@knoop-punt.be bestellt werden.

Trend zu immer schwereren Lkw

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit trat im Sommer '97 die 54. Ausnahmeverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO) in Kraft, die das höchstzulässige Gesamtgewicht von Lastkraftwagen im kombinierten Verkehr von 42 t auf 44 t erhöhte. Das heißt, daß alle Lkw, die Container aus der Kette Schiene Straße oder Wasserweg Straße befördern, 44t schwer sein dürfen. Das Bundesverkehrsministerium will diese Tonnage Erhöhung als Förderung des kombinierten Verkehrs verstanden wissen für uns ist es ein weiterer Schritt zu immer größeren Lkw mit all ihren fatalen Auswirkungen (große Unfallgefährdungen, hoher Lärm, Zwang zu breiten Straßen). Bis 1986 war das höchstzulässige Gesamtgewicht auf 38t begrenzt, eine Last, die insbesondere Brückenplanung zugrunde lag. Als 1986 das zulässige Gesamtgewicht auf 42t angehoben wurde, wurde festgestellt, daß viele Brücken die Grenzen ihrer zulässigen Tragfähigkeit

erreicht oder überschritten haben. Zur neuerlichen Anhebung kommentierte der Landschaftsverband Rheinland, dem die Aufsicht über 4265 Brücken obliegt: "Ohne fundierte Ermittlung der sicherheitstechnischen Auswirkungen und ohne eine angemessene Anhörung der betroffenen Straßenbaulastträger wurde die Rechtslage geändert." So habe das BmV bei den Straßenbauverwaltungen und Brückenbauämtern einen erheblichen personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwand verursacht.

(aus VDI Nachrichten v. 18.7.97)

Das Problem mit dem Durchschnitt

Mit Meßwerten ist das so eine Sache. Zum Beispiel ist der Verkehr im europäischen Durchschnitt für knapp zwei Drittel der Stickoxide und für knapp die Hälfte der flüchtigen organischen Verbindungen wie Benzol verantwortlich. Im Jahresdurchschnitt liegen die Benzolwerte zwischen 1,6 und 11 Nanogramm pro Kubikmeter (ng/m³). An Straßen gehen die Spitzenwerte allerdings auch bis zu 47 ng/m³.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht davon aus, daß es keine ungünstige Benzol Konzentration gibt. Bei einer lebenslangen Belastung mit einem Nanogramm Benzol rechnet die WHO mit sechs zusätzlichen Leukämiefällen auf eine Million Einwohner. Ein Viertel bis ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung lebt an Straßen mit zumindest zeitweise "starkem Verkehr". Es muß davon ausgegangen werden, daß sie regelmäßig höheren Belastungen ausgesetzt sind als die von der WHO schon als gesundheitsgefährdend angesehenen "Grenzwerte". Damit sind für diese Menschen die Angabe von z.B. landesweiten Durchschnittswerten völlig ohne Belang.

Durchschnittswerte von großen Gebieten haben also wenig Informationsgehalt. Sie drücken lediglich krankmachende Belastungsspitzen unter für die Wirtschaft erträgliche Grenzwerte. So ist z.B. in Ballungsgebieten, in denen etwa 70% der EU Bevölkerung lebt, der Verursacherteil des Verkehrs wesentlich höher. Der für die menschliche Gesundheit entscheidende Schadstoffanteil des Verkehrs erhöht sich, wie bekannt, allein schon durch den Umstand, daß die Gifte meist

Luft zum Leben

in Nasenhöhe ausgestoßen werden. Hinzu kommt, daß der Ausstoß der Schadstoffe zwar allgemein auf Hauptverkehrsstraßen passiert, dieser aber speziell an und in Tunnels und an Tankstellen noch deutlich höher sein kann: Hier können 4 40fache Werte des städtischen Durchschnitts erreicht werden.

Keinen Staub aufwirbeln

Ähnlich ist das Problem auch bei den Stäuben. Durchschnittlich verursacht der Verkehr 10-25% in der EU, der Anteil an bodennahen Stäuben in Ballungsräumen wie z.B. London liegt bei über 80%. Auch für die Stäube wollte sich die WHO auf keinen unschädlichen Grenzwert festlegen. Dies tat die EU Kommission vor kurzem, in dem sie einen Grenzwert von 50 ng/m³ im Tagesdurchschnitt festlegte. Dieser Wert wird allerdings in nahezu allen Städten überschritten. Die Grenzwerte sollen ab dem Jahr 2005 unterschritten sein, in Deutschland werden aber schon Stimmen laut, die dafür plädieren, im Jahre 2003 nochmals über die Grenzwerte zu sprechen.

Größere Staubpartikel werden von den Schleimhäuten beim Vordringen zur Lunge meist gestoppt und durch feine Härchen wieder nach draußen befördert. Feinstäube werden von diesem natürlichen Filter nicht auf ihrem Weg in die Lunge behindert. Daher sind Feinstäube (zwischen 2 und 10 Nanogramm groß) für die menschliche Gesundheit so schädlich. Dies gilt nicht nur für kurzfristige Belastungen sondern gerade auch langfristig. Die EU schätzt, daß die Feinstäube europaweit für 25 Millionen Luftwegserkrankungen bei Kindern und für 32 000 Todesfälle verantwortlich sind. Durchschnittlich verkürzt sich die Le-

bensersparung z.B. der Niederländer durch verkehrsbedingte Atemwegserkrankungen um über ein Jahr. Für einige Menschen bedeutet das eine Lebensverkürzung um mehrere Jahre. Luftschadstoffe wirken sich unterschiedlich auf den menschlichen Organismus aus. Einige, wie Benzol und Teile des Dieselruß, können Krebs auslösen. Ein Vergleich zwischen sehr belasteten und "sauberen" Städten in den USA ergab ein um fast 40% höheres Risiko in den dirty cities an Lungenkrebs zu erkranken.

Lösung durch Europagesetze?

Die europaweit organisierten Verbände T&E (Verkehr und Umwelt) und das Europäische Umweltbüro sind optimistisch, daß "die neue europäische Gesetzgebung die Luftreinhaltepolitik revolutionieren" wird. Die im Herbst 1996 verabschiedete Rahmenrichtlinie der EU "zur Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität" bildet das Rahmenwerk für die genannten Verbesserungen, in dem sogenannte Tochterrichtlinien für spezielle Schadstoffe verabschiedet werden müssen. Ende 1998 werden so Grenzwerte für Blei, Stickstoffdioxid, Feinstäube und Schwefeldioxid voraussichtlich Gemeinschaftsrecht werden.

Dieses Gesetz wird dann große Chancen für Aktivisten bieten, da nicht nur europaweit geprüft und verglichen werden soll; die Ergebnisse müssen auch noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für Gebiete, in denen die Grenzwerte nicht eingehalten werden, müssen die zuständigen Behörden Luftreinhaltepläne unter Einbeziehung von Verkehrsmanagement erstellen.

Umsonst ist billiger

In Brandenburg gibt es zwei Städte, die das ausprobieren, was selbst Verkehrsaktivisten als utopisch bewerten und Ökonomen als Wahnsinn betrachten: Nulltarif. In Belgien wagt eine Stadt schon etwas länger diesen Versuch mit Gewinn, wie dort behauptet wird. Für Nichtbelgier und Außerbrandenburgische also ein kleiner Exkurs in die Rechenweise in diesen Städten, aber auch ein Blick auf die Unterschiede.

Das Beispiel Templin

Einige Fakten sind vielleicht aus den Presseberichten von Mitte Dezember bekannt. Templin, eine Kleinstadt im Norden Brandenburgs, bietet versuchsweise für zwei Jahre einen "Busverkehr ohne Fahrschein" an. Der Beweggrund für diesen Test war der Autoverkehr, der insbesondere in den engen historischen Stadtkern hineindrängte. Das taten nicht nur Arbeitspendler sondern auch die Touristen, die ihre Unterkünfte am Rand der Stadt haben. Womit wir zum eigentlichen Grund kommen: Templin will Kur- und Bäderstadt werden und zwar noch in diesem Jahrtausend. In zwei Jahren ist das Thermalbad fertig, der Status als Erholungsort zu DDR Zeiten verliehen ist bis Ende 1998 befristet. Um zur staatlich anerkannten Kurstadt ernannt werden zu können, muß der Autoverkehr vermindert werden. Der CDU Landrat, der das Projekt unterstützt, bezeichnet die finanzielle Förderung auch folgerichtig als "eine Form der Wirtschaftsförderung". Templin geht die Sache aus PR Sicht sehr effektiv an, aus verkehrlichem Blickwinkel läßt sich auch Anderes sagen. Die Stadt hat nun vier Buslinien auf 117 Streckenkilometern. Zum "Tarifwechsel" wurde das Neubaugebiet überhaupt erst angeschlossen. Insgesamt wurden 23 neue Haltestellen angelegt. Unerfreulich ist es dagegen, daß eine Stadt, die insbesondere Touristen in ihre Busse locken will, keinen Sonntagsverkehr anbietet. Der Bürgermeister versichert allerdings, daß "bei entsprechen der Nachfrage" nachgebessert werden sollte. Wie die Nachfrage ermittelt wird, wenn kein Angebot vorhanden ist, erwähnte er nicht.

Wer kann das bezahlen?

Vor dem Start wurde mit einer Verdopplung der Fahrgastzahlen gerechnet. Zur Orientierung bei den Größenordnungen: Templin hat rund 14 000 Einwohner und bisher knapp 50 000 Busfahrgäste pro Jahr im Stadtverkehr gehabt. Tatsächlich steigen nun drei bis vier Mal so viele Menschen in die Busse ein. Die immense Nachfrage hat aber einen Haken für die Stadt: Auf der Grundlage der Fahrgastzahlen von 1996 kauft Templin der Verkehrsgesellschaft 1998 Fahrschein im Wert von 48 000 DM ab. Das Unternehmen wird bei den anstehenden Verhandlungen Nachschlag verlangen. Im Gespräch ist eine Verdopplung auf 100 000 DM. Der Stadtschuß für das laufende Jahr soll anteilig über Kurtaxe (etwa 25 000 DM), Parkgebühren und Sponsoren (je 10 000 DM) abgedeckt werden. Einem eventuellen

größeren Zuschuß sieht man im Augenblick bei der Stadtverwaltung noch relativ gelassen entgegen: Positives Image und mehr neugierige Touristen würden das Projekt finanzieren.

Weniger Autoverkehr?

Trotz der vielen Fahrgäste kann man im Augenblick noch nicht behaupten, daß das Ziel des Versuchs erreicht wird. Beabsichtigt war ja nicht, möglichst viele Fahrgäste per Bus zu befördern, sondern weniger Autoverkehr zu bewirken. Verringert hat sich der Autoverkehr nur in einem Teilbereich, dem Taxiverkehr nämlich, dem die Geschäftsgrundlage im Alltag entzogen wurde. Einen Monat nach Start des Nulltarifs schätzt die Polizei den aktuellen modal split so ein: "Der Autoverkehr ist konstant geblieben. Mit dem Bus fahren Leute, die früher Rad gefahren oder gelaufen sind." Obwohl damit zu rechnen ist, daß sich ein Teil dieser neuen Fahrgäste mit Beginn des Frühjahrs wieder selbst bewegen werden, muß festgestellt werden, daß Autofahrern ein kostenloser ÖPNV nicht verlockend genug erscheint. Hier scheint es sich zu rächen, daß Templin kein Gesamtverkehrskonzept hat, sondern eben nur einen Baustein. Fraglich ist also, ob die Ersparnis von 1,40 DM pro Ticket dauerhaft viele Menschen vom Autofahren abhalten kann, wenn die anderen Umstände nicht stimmen: Überfüllte Busse, die im Autostau zum Beispiel stehen. Der nächste Schritt müßte folgerichtig Restriktionen für den Autoverkehr beinhalten. Das zeigen alle erfolgreichen Modellprojekte. Verschärfend kommt noch hinzu, daß der Touristenort Templin vom Bahnverkehr abgekoppelt wird. Die Bahnstrecke Fürstenberg-Templin ist nur noch eine Dräsinestrecke für risikoreiche Aktivtouristen; im brandenburgischen Verkehrsministerium wird darüber nachgedacht, ob schon ab Mai die Bahnverbindung Templin-Prenzlau stillgelegt wird. Das Ergebnis ist voraussehbar, denn so wählt man Touristen aus. Mehr Touristen wird es so wohl nicht geben, aber anteilig mehr Autotouristen werden es allemal sein.

Nulltarif statt Straßenring

Von ganz anderem Zuschnitt scheint dagegen das Konzept von Hasselt, einer Stadt in Belgien nahe Limburg zu sein. Hasselt hat 68 000 Einwohner, da es aber das Handels- und Bildungszentrum für das Umland ist, hat es werktags etwa 100 000 Menschen, die sich in ihm bewegen müssen. Der Bürgermeister von Hasselt meint, daß "der Gratisbus zwar die Schlagzeilen macht, aber sozusagen

nur die Kirsche auf dem ganzen Kuchen ist." Die Stadt hatte dieselben Probleme wie alle Kommunen, nur die Schlüsse daraus waren unterschiedlich: "Weil wir kein Geld hatten, fährt der Bus jetzt umsonst." Es ging um eine Abwägung der finanziellen Möglichkeiten dieser hoch verschuldeten und von Autos überrollten Stadt. Die neue Stadtverwaltung wollte kein Geld für einen neuen, dritten Straßenring um die Stadt ausgeben, der etwa 150 Millionen DM gekostet hätte. So entschied man sich für die kleine Alternative Gratisbus, wobei erwähnt werden muß, daß der Ticketverkauf bisher nur zwölf Prozent der Kosten des Fahrbetriebs einbrachte. Die Fahrgastzahlen haben sich innerhalb eines dreiviertel Jahres fast verzehnfacht, obwohl die Tarife auch schon vorher nicht hoch waren. Allerdings waren die absoluten Fahrgastzahlen mit eintausend pro Tag erschreckend niedrig. Das war kein Wunder angesichts des bisherigen Angebots. Als man begann, ein neues Busnetz zu planen, stand man praktisch vor dem Nichts: "Das erbärmliche Netz erleichterte uns die Planungen. Wir gingen einfach davon aus, daß es in Hasselt keinen öffentlichen Nahverkehr gibt." Nun gibt es ein stark erweitertes Netz, neue Busse, Vorrangschaltung an Ampeln und mehr Chauffeure, so daß in der Summe mehr Arbeitsplätze entstanden. Auch der Einzelhandel und die Gastronomie sind zufrieden, denn die Zahl ihrer Kunden stieg an. Auch für die Stadt "rechnet" es sich: Für das Angebot an Alle, innerhalb der Stadtgrenzen kostenlos zu fahren, wird ein Prozent des städtischen Haushalts verbraucht weniger als für die Erhaltung des Straßennetzes. So bleibt neben anderen Projekten genügend Geld übrig, um den inneren Stadtring von vier auf zwei Spuren zu verschmälern, die überwiegend Bussen und Radfahrern vorbehalten bleiben sollen. Trotz der neuen Projekte ist die Stadt dabei, den Schuldenberg abzubauen. Das kann sie sich leisten, denn sie spart an der richtigen Stelle.

Folgen des Tourismus

Technikfolgenabschätzung:

Entwicklung und Folgen des Tourismus, Drucksache 13/9446. Zu bestellen bei der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Fon 0228/382 08 40, Fax 382 08 44.

Fernreisen im Nahbereich?

Vieles spricht anscheinend für die Ferienparks: Wir können unter Palmen lustwandeln, ohne fliegen zu müssen, und außerdem sind wir als große Touristenmasse zentral an einem Ort untergebracht statt verstreut und flächendeckend durch die letzten Naturreservate zu stapfen. – Da steckt aber schon der erste Widerspruch drin, denn Center-Parks werden in abgelegenen Gegenden der Republik errichtet, wo die Gegend schön und Land billig ist, die verkehrliche Infrastruktur allerdings noch nicht (oder nicht mehr) vorhanden ist. Das bedeutet in der Regel, daß kein Bahnanschluß vorhanden ist, aber auch ein Linienbusverkehr meist nicht existiert. Die An- und Abreise erfolgt daher zu 90% mit dem PKW, so daß die Straßen der benachbarten Orte an den beiden "Be- und Entladungstagen" Montag und Freitag mit bis zu 2 000 PKW zusätzlich belastet sind. Stellenweise ist die Belastung so groß, daß der Bau einer Ortsumfahrung geplant wird. Schließlich geht man davon aus, daß diese Parks einen zusätzlichen Bedarf an Kurzurlaube erzeugen. Das bedeutet: Die Deutschen fliegen in ihre ein bis zwei Haupturlaube pro Jahr, machen weiter Tages-Sprit(z)ouren und ein paar Kurzurlaube.

Der Deutsche Bundestag hat eine sinnvolle Einrichtung die Technikfolgenabschätzung (TAB). Diese Wissenschaftlergruppe hatte 1996 den Auftrag bekommen, die Folgen und die zukünftige Entwicklung des Tourismus aufzulisten. Diese Fleißaufgabe haben sie jetzt zum Teil erledigt.

Fakten, Fakten, Fakten

Der Anteil der Deutschen, die eine mehr als fünf Tage dauernde Reise im Jahr unternimmt, steigt kontinuierlich bis zum Jahr 1996, das eine "Delle" in die ser Kurve verursacht. Ungefähr dreiviertel aller Bewohner verreisen demnach länger im Jahr.

Es werden etwa halb so viele Kurzurlaube gemacht Tendenz steigend.

85% aller Bürger machten mindestens einen Tagesausflug. Absolut gesehen schätzt man 2,1 Milliarden Tagesausflüge; dreiviertel davon werden mit dem PKW gemacht.

Der Anteil der Inlandsreisen ist auf 18,5% gesunken. Die 96 er Delle in der Gesamtbilanz wird durch das massive Abfallen ihrer Zahl bewirkt.

Das Flugzeug hat seinen Anteil bei den Urlaubsreise Verkehrsmitteln innerhalb von drei Jahren um ein Viertel steigern können, 30% der deutschen Touristen benutzen es. Das Auto stagniert etwa bei der Hälfte, die Bahn ist auf sieben Prozent gesunken.

Tourismus = Wirtschaftsmotor?

Immer dann, wenn sich ein Wirtschaftszweig als Arbeitsplatzwunder oder "Wirtschaftsmotor" darstellt, geht es um zwei Dinge: Erhalt von Privilegien und Vermehrung der Subventionen. Im vorliegenden Fall um aktuell eine Milliarde DM, wobei die fehlende Kerosinsteuer dabei nicht eingerechnet ist. Schätzungen zufolge beträgt der Gesamtumsatz des Tourismus auf 200 Milliarden DM im Jahr, wobei es eine exakte Abgrenzung dieses Sektors bisher nicht gibt. Der Umsatz der Reiseveranstalter nimmt jährlich zu, die Zahl der Pleite machen den Unternehmer ebenfalls. Organisierte Reisen werden im Durchschnitt billiger, was eine Erklärung für ihre steigende Zahl sein wird. Über zwei Millionen Gästebetten werden in Deutschland angeboten, wobei ihre Auslastung auf 37% gesunken ist.

Der Anteil des Tourismus am Sozialprodukt beträgt etwa sechs Prozent, jeder zwanzigste Beschäftigte in Deutschland arbeitet in diesem Bereich. Aber was ist das für Arbeit? Der Anteil an ungelerten oder Teilzeitkräften ist sehr groß und oft saisonal beschränkt. Neu gebildete Arbeitsplätze bedeuten oft nur eine Verlagerung z.B. aus dem Landwirtschaftsbereich. Dreiviertel aller Beschäftigten verdienen weniger als 2500 DM brutto im Monat. Im Schnitt liegt der Tourismus damit um ein Viertel niedriger als die Industrie.

Der Anteil des Verkehrs...

Wir stellen hier lediglich die Erkenntnis über die An und Abreise vor im Abschnitt "Mobilität vor Ort" war es meist sehr diffus, was die TABler zu bieten hatten.

Flugzeuge

Generell werden mehr Flugzeuge mit größeren Tragflächen, stärkeren und zugleich umweltfreundlicheren (?) Triebwerken mit höherer Geschwindigkeit und größerer Flughöhe gebaut werden. Dazu ist sicherlich den meisten Lesern das Nötigste bekannt, daher nur in aller Kürze: Schnellere Flugzeuge machen das Fliegen an und für sich attraktiver und die Flugentfernungen werden wachsen. Beim Fliegen in großen Höhen wächst die Klimaschädlichkeit stark an. Doch weiter im Text: "Um möglichst komfortable Direktflüge ohne Zwischenlandungen oder Umsteigen bieten zu können, zielen Entwicklungsbestrebungen auf immer größere Langstreckeneigung." Wegen der hohen Zuladung an Kerosin wird dann pro Passagier wesentlich mehr Treibstoff verbraucht. "Diskutiert werden bereits in der Entwicklung befindliche 'Mega Flugzeuge für bis zu 800 Passagieren.'" Was für die Airlines sich wirtschaftlich positiv auswirkt, ist für die Umwelt von Nachteil, denn zentralisierte Starts von großen Fliegern bedeuten mehr Zubringerflüge. Als positive Entwicklungen zählt die TAB bessere Motoren, Senkung des Luftwiderstands und Flugwegrechner auf. Eine Bilanzierung der beiden Trends "Masse versus Technik" wird (wohlweislich?) nicht gezogen.

Bahn

Die TABler sehen bei der Bahn technisch gesehen nur wenig Neues, da das meiste im ICE Bereich an Möglichkeiten realisiert ist wie z.B. verbesserter Fahrkomfort und Service, wobei der Gepäckdienst noch immer stark zu wünschen übrig läßt. Einerseits profitieren die Urlauber von den höheren Geschwindigkeiten, andererseits ist das ICE System urlauberunfreundlich wegen seiner kurzen Haltezeiten, dem eng vertakteten Fahrplan, geringen Gepäckraum, engen Einstiegen und den fehlenden Fahrradmitnahmemöglichkeiten. Vergessen haben die Wissenschaftler, daß ein schrumpfen des Bahnnetz mit immer weniger Bahnhöfen bald nur noch für Städtetouristen attraktiv ist. Hinzu kommt, daß lediglich die Hälfte der Fernzüge fahrradmitnahmetauglich ist. Das gilt einerseits auch für viele NeTech Züge aber auch selbst für den kommenden ICE 3.

Zum Schluß der Betrachtungen über die An und Abreise kommen die TABler auch auf solche Kuriosa wie Zeppeline und den Weltraum Tourismus zu sprechen. Was zuerst abwegig klingt, ist für viele Menschen schon ein wünschenswertes Ziel. Zwei Drittel aller Nordamerikaner und Japaner würden gerne einen Weltraumurlaub machen und dafür auch viel Geld hinblättern. In zehn Jahren soll ein voll wiederverwendbares Raketensystem entwickelt worden sein. Sehr viel Geld wurde auch schon in den Fortschritt bei der Projektierung von Mondbehäusungen gesteckt.



Bis 30.9.98 in Berlin

Volksinitiative gegen den Transrapid
Die Unterschriften von 90.000 Berlinern müssen in 6 Monaten gesammelt werden.
Kontaktadresse: BürgerInnen gegen den Transrapid, c/o BUND Berlin, Crelllestr. 35, 10827 Berlin.
Tel. 030/78 79 00-0, Fax: -48

30.5.-6.98 auf Rügen

Radtour gegen die A 20
Start um 13h Rügendam in Stralsund, dort endet sie auch. Übernachtet wird in Turnhallen, Verpflegung ist selbst mitzubringen. Anmeldung nicht erforderlich. Beitrag: 15 DM.
Kontaktadresse: ADFC, Lange Str. 14, 17 489 Greifswald. Tel. 03834/89 74 12, Fax: 89 45 23

3.-5.6.98 in Frankfurt

Kurs "Funktionsstärkung der City"
In diesem Kurs werden die aktuellen Entwicklungstendenzen der Innenstädte im Spannungsfeld der Innen- und Außenentwicklung thematisiert. Die Gebühr beträgt 370,-DM.
Kontakt: Institut f. Städtebau, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin. Tel. 030/230822-0, Fax: -22

4.-5.6.98 in Dresden

17. Verkehrswissenschaftliche Tage "Integrierte Mobilitätsforschung"
Das Leitthema wird sein: "Herausforderungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit".
Kontaktadresse: K.I.T. Congress Incentives GmbH, Münzgasse 2, 01067 Dresden.

5.6.-7.6.98 in Strasbourg

Kongreß: The right price for air travel
Kontaktadresse: Milieudéfense, P.O.Box 19 199, NL4000 GD Amsterdam.

6.6.98 in Bonn

Autofrei leben! Konferenz autofreier BürgerInnen

Möglichkeit zu Kontakten, es soll Information und Austausch geben. Die Gebühr beträgt 50/30 DM.
Kontaktadresse: Autofrei leben! z. Hd. Nikolaus Huhn, Dorfstr. 18, 07646 Schloßben. Tel. 036428/410 91

9./10.6.98 in Rüsselheim

Seminar "Neue Wege in der kommunalen Radverkehrsplanung"

Die Novellierung der SIVO erweitert das Instrumentarium zur Förderung des Radverkehrs. Die daraus folgenden Schlußfolgerungen für die planerische Praxis werden auf dem Seminar diskutiert.
Kontakt: IKU-Institut für kommunale Wirtschaft u. Umweltplanung, Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden. Tel. 0611/8087-0, Fax: -22, email: info@iku.fh-elmsstadt.de

Vom Umgang mit Rechtsanwälten

Der Freiburger Anwalt de Witt: Vom Umweltsaulus zum paulus

"Als am 29. Oktober des vergangenen Jahres Gegner der B 31 Ost in den Garten des Freiburger Oberbürgermeisters Böhme eindrangen, ihn von einer Birke herab mit Brahms beschallten und eine Kettensäge anwarfen, um an den Baubeginn für die umstrittene Straße ein Jahr zuvor zu erinnern, da war die Aufregung groß. Besonders groß war die Aufregung bei einem einst in Freiburg, nun in Berlin residierenden Anwalt In einem Leserbrief an die Badische Zeitung stemelte er die Aktionisten auf Böhmes Grundstück zu "geistigen Wegbereitern für Intoleranz und Terror" und setzte noch eins drauf: "Diese Geisteshaltung hat in der Geschichte Deutschlands leider viele Vorbilder." Der Name des Anklägers: Siegfried de Witt.

Starker Tobak, die Initiatoren des naiven Politspektakels gleich unter den Verdacht der Faschismuskäse zu stellen. Um so erstaunlicher, daß die geharnischte Kritik aus Berlin von einem Mann stammte, der die Sache der B 31 Ost Gegner jahrelang juristisch vertreten hat. Siegfried de Witt, mit der Wyhl Bewegung politisch großgeworden und im Kampf gegen technologische Großanlagen zu einem der beschlagensten Verwaltungsjuristen der Republik avanciert, bekam es denn auch nachdem er die Freiburger Aktionsbündnisse gegen die B 31 Ost derart abgewatscht hatte, gleich zurück. An den Mann, der einst die juristische Speerspitze ihres Protestes gebildet hatte, richteten die Straßengegner am

vergangenen Donnerstag einen "Offenen Brief", der vor Provokationen nur so strotzte.

Von "bemerkenswerter Schamlosigkeit" de Witts ist darin die Rede, von "unsauberen Spielchen", von "instinktoloser Unverfrorenheit". De Witts Leserbrief schien bei den Aktionsbündlern eine Schleuse geöffnet zu haben, aus der heraus alle satzsaft bekannten Vorwürfe der Täuschung, der Erpressung, der Trickerei noch einmal auf den ungeliebten Advokaten herabregneten. Der umstrittene Vergleich, zu dem de Witt die Kläger gegen die Straße im Frühjahr 1993 bewegte, bildet den tiefsten Stachel im Fleisch der Widerständler er ist in ihren Augen ein fauler Kompromiß, juristisch unsauber formuliert und der Klärgemeinschaft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen abgenötigt.

Schnee von gestern, möchte man meinen, auf den de Witts Büro auch nur mit einer müden Verteidigungsschrift reagierte. Irritierend ist es schon, daß de Witt auf seinen alten juristischen Tätigkeitsfeldern inzwischen ganz neue Aktivitäten entfaltet hat. Sie stehen in bizarrem Widerspruch zu seinem Ansehen und seiner Karriere als juristischer Berater von Straßenbaugegnern. Bis ins vergangene Jahr hinein trug sich zum Beispiel die Gemeinde Kirchzarten mit dem Gedanken, an der künftigen B 31 Ost zwischen Zarten und Kirchzarten ein touristisches Service Center zu bauen, eine Verpflegung und Auftankstation an der Einfahrtschneise in den Schwarzwald. Wie Kirchzartens Bürgermeister Georg Wilhelm von Oppen bestätigt, gab es diverse Anfragen potentieller Betreiber. Am Rande von Verhandlungen, die eigentlich das "Ökologische Ausgleichskonzept" in Folge des B 31 Ost Vergleiches betrafen, bekundete auch Siegfried de Witt vor rund zwei Jahren sein Interesse an dem Tankstellenprojekt. Für den verwunderten von Oppen war "klar", daß de Witt im Auftrag handelte, mehr will er dazu nicht sagen. Der Kirchzartener Gemeinderat hat dann allerdings die Großtankanlage mit großer Mehrheit ad acta gelegt.

Siegfried de Witt besitzt nun dennoch sein Tankstellengelände. Für annähernd 2,5 Millionen Mark hat er es, gemeinsam mit dem Architekten Hans Peter Müller im Hartheimer Rheinwald gekauft. Dort wollen die beiden im Verlauf des Jahres einen sogenannten Autohof samt Fast food Restaurant bauen. Müller

bestätigt daß er und de Witt bundesweit und "generell" die Esso AG vertreten, die den Autohof betreiben soll. Laut Müller ist ein solches Projekt deshalb wirtschaftlich interessant, "weil der LKW Verkehr enorm zunimmt" und die Fahrer auf derartigen Autohöfen ihre vorgeschriebenen Ruhezeiten nehmen könnten. Das sei auch für den Umweltschutz gut, weil die Fahrer "damit nicht mehr die Landschaft zuparken". Die Müller/de Wittsche Tank- und Rastanlage am neuen Autobahnzubringer zum Gewerbepark Breisgau, von den Aktionsbündnissen in ihrem "Offenen Brief" als "ökologisch verheerend" bezeichnet, muß noch vom Petitionsausschuß des Landtags absegnet werden.

Hart am Parteiverrat schrammt de Witt derzeit im Freiburger Westen entlang. In den achtziger Jahren hat de Witt dort die Gegner der B 31 West beraten - anerkannt erfolgreich übrigens, anfangs. Dann vertrat er einen Bauern und Hauptkläger gegen das Projekt, bis der mit einem schönen Ersatzgrundstück im Gewerbegebiet Umkirch versorgt war. Nach Auskunft des Umkircher Bürgermeisters Ulrich Greschkowitz war de Witt dann "maßgeblich" daran beteiligt, daß das Freiburger Regierungspräsidium die Planfeststellung für die B 31 West im ersten Bauabschnitt nicht und nagelfest hinbekam. Inzwischen strebt das Möbelhaus Mutschler nach Umkirch und will sich an der Privatfinanzierung der Straße beteiligen. Und als Vertreter der Firma Mutschler tritt auf: Anwalt Siegfried de Witt." (aus: wenig gekürzter Artikel aus Zeitung am Sonntag v. 11.1.98 von Jochen Schmid)

Auch im Bereich des Atomrechtes hat de Witt einen Schwenk um 180 Grad gemacht. Früher für die Gegner von Wyhl und Kalkar aktiv, betätigte er sich 1995 bei der Wiederinbetriebnahme des AKW Obrigheim als Rechtsberater des badenwürttembergischen Umweltministers Schäfer. Ihm kam die Aufgabe zu, am Tage der Verkündung der Entscheidung zur Wiederinbetriebnahme öffentlich die Kompetenz der (vom Ministerium u.a. beauftragten) Gutachter des ÖKO Institutes in Zweifel zu ziehen. Die Kritik ließ er sich von der atomfreundlichen Abteilung des Umweltministeriums schreiben (aus: taz v. 18.12.95).

Foto:

Am Protest der B 31 Ost - Gegner im Garten von OB Böhme (am Fahrrad) entzündete sich der Streit zwischen Aktionsbündnissen und Anwalt de Witt neu.
Foto: Ropi, aus: Zeitung am Sonntag v. 11.1.98

Die Freiburger Aktionsbündnisse gegen die B 31 sind an Erfahrungen von Verbänden und Bls aus der Zusammenarbeit mit Anwalt de Witt interessiert. Aktionsbündnisse gegen die B 31, c/o Reiner Ehret, Scheffelstr. 41, 79 199 Kirchzarten, Tel: 07661/980028.

Auswirkungen von Gebühren und Steuern

Können Steuern steuern? Das kommt darauf an – siehe das Beispiel Kerosin. Das gibt es im Schnitt für etwa 30 Pfennig pro Liter. Erhebt man nun wegen der Gleichberechtigung den Mineralölsteuersatz von etwa einer Mark pro Liter, klingt das nach einer gewaltigen Verteuerung. Dem ist aber nicht so: Im weltweiten Durchschnitt macht der Kerosinpreis lediglich gut zehn Prozent der Gesamtbetriebskosten der Fluggesellschaften aus. Die Erhebung der Mineralölsteuer würde also das Fliegen nur um ein Drittel teurer machen. Ganz abgesehen davon, daß die Fluggesellschaften diese Preiserhöhung wahrscheinlich nicht im gesamten Umfang weiterreichen, würde die Nachfrage nach Flügen aber nicht in entsprechendem Umfang sinken. Berechnungen gehen davon aus, daß die Minderung bei 9 bis 23 % läge, da viele Kunden trotz der Preiserhöhung weiter fliegen würden.

Literatur:

– Frank Fichert, Globale Umweltbelastungen durch den zivilen Luftverkehr – Kerosinsteuer als Allheilmittel? in Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 10 (1997)
– Sibylle Barth und Katrin Struck, Konzeption und rechtliche Machbarkeit einer Abgabe auf die Verursachung von Emissionen im zivilen Flugverkehr, Institut für Umweltrecht im Auftrag von Robin Wood, Bremen 1997

Die abgedruckten Artikel, Kurzmeldungen und Termine des Themenbereichs Verkehr sind Auszüge aus dem Informationsdienst Verkehr – IDV, dem Rundbrief der Verkehrs-Bürgerinitiativen. Das aktuelle Heft mit Berichten quer durch den Verkehr kostet acht DM incl. (in Briefmarken oder auch auf Rechnung).
UMKEHR UND FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/492-7473, Fax: -7972

Realistischerweise muß man wohl davon ausgehen, daß eine weltweite Kerosinsteuer nicht durchsetzbar sein wird. Wahrscheinlicher könnte es eine interne Einführung im nächsten Jahrtausend geben. Schwierigkeiten würde es dann wiederum mit ausländischen Gesellschaften bzw. mit Flügen in andere Staaten geben. Erstens wären neue Abkommen nötig, um diese Unternehmen zu besteuern, zweitens kann nur das besteuert werden, was (in der EU) getankt wird. Reicht die Tankfüllung für den Rückflug, schlägt eine Kerosinsteuer fehl. Aber auch wenn sie das nicht tut, kann bei Flügen in die "Außer EU" lediglich eine Richtung besteuert werden. Da in der Regel Hin und Rückflug gebucht werden, würden sich die Preise für den Verbraucher im Endeffekt also um höchstens 15 % erhöhen. Aber auch in anderen Bereichen gäbe es unterschiedliche Auswirkungen zum Beispiel zwischen Fern und Kurzstreckenverkehr. Aufgrund des immensen Kerosinverbrauchs beim Starten ist der Treibstoffverbrauch bei den Kurzstrecken relativ hoch, was eine stärkere prozentuale Erhöhung im Vergleich zu den Langstreckenflügen bedeuten würde. Absolut steigen die Preise dagegen nicht sehr stark im Inlandsverkehr; Berechnungen gehen z.B. bei einem Flug von Hamburg nach München von höchstens 38, DM Steuern aus. Kürzere Strecken und höhere Sitzauslastung würden die Verteuerung wieder zusätzlich verringern. Bezieht man nun noch ein, daß im Kurzstreckenverkehr überwiegend Geschäftsleute reisen, läßt sich unschwer voraussagen, daß diese Menschen, deren persönliches Budget nicht angetastet werden würde, kaum auf einen Flug verzichten werden. Im Fernverkehr wäre der Anteil der Steuern am Flugpreis zwar nicht so hoch, da gegeben aber die absolute Summe. Ein Flug Zürich Bangkok würde etwa 660, DM mehr kosten. Hier wäre es also gut vorstellbar, daß Touristen auf Flüge verzichten.

Technik und gezielte Gebühren

Gebühren können dagegen mehr Vorteile haben: Jedes Land, jeder Flughafen kann sie einführen; Tankvermeidungen sind unwirksam, da Gebühren nach einem ausgerechneten Kerosinverbrauch ("fiktive Kerosinsteuer") bzw. daraus resultierenden Emissionen bezahlt werden müßten. Nicht zuletzt würden Gebühren Druck auf technische Verbesserungen schaffen, da Gesellschaften mit einer sparsameren und effizienteren Technik

deutliche Vorteile bei den Preisen gegenüber anderen hätten.

Ein Beispiel: Aus einer Studie, die Stickoxid Minderungsmöglichkeiten am Flughafen Schiphol untersucht, geht hervor, daß es eine entsprechende Nachrüstmöglichkeit für Flugzeugtriebwerke gibt. Dieser Verbrenner "DAC" ermöglicht Minderungen um 40% im Vergleich zu herkömmlichen Motoren. Das gute ist, daß es sich bei dieser Neuerung nicht lediglich um ein Modell aus den Laboratorien handelt, sondern diese schon im Einsatz ist und zwar bei der Swiss Air. Scandinavian Airlines plant die Anschaffung.

Und nun kommen wir zum oben erwähnten Druck. Nicht ganz zufällig ist es nämlich, daß der Flughafen Zürich und Schweden seit vergangener Herbst Emissionsgebühren erheben. Diese Gebühren sind anscheinend ausreichend hoch, um Geschäftsleute zu Investitionen zu bewegen, die langfristig die Betriebskosten senken. Zusätzlich ist das auch ein gutes Beispiel, wie schnell unter finanziellem Druck die Wirtschaft reagieren kann.

Was passiert in Deutschland?

Robin Wood hatte im letzten Jahr ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, daß die Verfassungsmäßigkeit einer Luftverkehrsemissionsabgabe in Deutschland untersuchen sollte. Die Gutachterinnen räumen ein, daß es bedenkenswerte Argumente gegen eine Abgabe gäbe, diese aber letztlich nicht überzeugen würden. "Vielmehr ist eine Luftverkehrsemissionsabgabe durch das im Grundgesetz verankerte Recht des Staates, zur Erzielung von Einnahmen Abgaben zu erheben, sowie das in der Rechtsordnung durchgängig anerkannte Verursacherprinzip materiell legitimiert."

Ob es nun an dem Gutachten liegt, können wir nicht klären, aber in Hamburg kommt etwas in Bewegung hinsichtlich von Flughafenengebühren für Fuhrsbüttel. Ein Vorschlag der Grünen in der Hamburger Bürgerschaft Anfang Januar, für Fuhrsbüttel Landegebühren zum 30. Juni 1998 einzuführen, die sich an dem Züricher Modell orientieren, wurde überraschenderweise angenommen. Dies durfte wohl deshalb so klappen, weil es den Verlautbarungen des Bundesverkehrsministers vom Herbst hinsichtlich variabler Gebühren nicht widersprach. Zudem handelt es sich bei dem Antrag lediglich um eine Aufforderung

an den Senat zu prüfen, ob eine solche Gebühr eingeführt werden kann.

Da kommen wir auch gleich zu den eventuellen Nachteilen. In Zürich sind und in Hamburg sollen die Landegebühren aufkommensneutral sein. Das heißt zuerst, daß der Luftverkehr als System nicht mehr für seine Umweltschweinerieen zahlen muß. Konkret bedeutet das, daß in Zürich die Hälfte des aktuellen Flugzeugparks schon jetzt keine höheren Gebühren zahlen muß. Im Gegenteil, denn die Landegebühren nach Gewicht wurden allgemein in Zürich um fünf Prozent gesenkt. Lediglich jedes zwanzigste Flugzeug muß in Zürich eine um 20 bis 40% höhere Gebühr zahlen.



21.6.98

Aktionstag "Mobil ohne Auto"

Es können noch weitere Aktionen im Koordinationsbüro gemeldet werden.
Kontaktadresse: MOA-Koordinationsstelle
Philipp-Reis-Str. 84, 60486 Frankfurt/M.,
Tel. 069/70 20 12, Fax: 069/70 39 27

3.-4.7.98 in Haale/Saale

Fachtagung "Schulwegsicherung und Verkehrssicherheit von Kindern"

Kontaktadresse: Verband Umwelt und Verkehr
und FUSS e. V., Schleiermacher Str. 6, 06114
Halle/Saale. Tel. 0345/523 09 98

20.6.-30.7.98 in Wien

Verkehrspolitik Informationswoche

Themen ua. Bahn-Entwicklung in A und EU.
Veranstalter: AG Verkehrspolitik, Neustiftgasse 9,
A-1070 Wien. Tel. 0043/1/5268303, Fax 5241663

22.7.-4.8.98 von Kassel bis Suhl

Fahrradtour "Tour de Natur '98"

Zum 8. Mal findet diese Fahrraddemo gegen den Bau der A 71 bereits statt. Es geht von Kassel in Etappen nach Erfurt.
Kontaktadresse: ADFC, Rimbachstr. 37, 98527
Suhl. Tel. 03681/30 71 75, Fax: 03681/30 71 75

1.-8.8.98 von Lübeck bis Usedom

Die A 20 macht die Seeluft ranzig

Die Radtour entlang der Ostsee richtet sich gegen den Bau der A 20. Kosten 17 DM/Tag.
Veranstalter: siehe Termin 30.5.-1.6.98

30.8.-4.9.98 in Berlin

Seminar "Hauptstadt im Stau"

Hier werden mögliche Alternativen am Beispiel Berlin aufgezeigt, es wie es auch menschenfreundlicher und ökologischer in städtischen Ballungsräumen gehen könnte.
Kontakt: Friedrich-Ebert-Stiftung, Knesebeckstr.
99, 10623 Berlin. Tel. 030/312 76 47, Fax:
030/312 64 55

5.+6.9.98 in Hannover

Bahn Kongreß "Privatisierung und Flächenbahn, EXPO und Verkehr"

Veranstalter: Manifest der 1435 Worte, siehe
UMKEHR e.V.



Katalysatoren

Katalysatoren sind das Allheilmittel für den ADAC, in der Realität funktionieren sie oft nicht so gut wie verheißen. Aber auch die Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe hat sich in sich, wobei entscheidend dabei ist, wo bzw. wie das erledigt wird. So wird in Kanada für die Bearbeitung von einem Gramm Platin 1,7 Kilogramm Schwefeldioxid freigesetzt, in Rußland dagegen 10,9 Kilogramm. (Des Rätsels Lösung: Kanada hat bessere Filter). Schwefeldioxid hat u.a. eine starke Säurewirkung.

Das Öko Institut hat nun die Säurewirkung des Schwefels mit der eingesparten Versauerung durch das im Katalysator eliminierte Stickoxid ins Verhältnis gesetzt. In der Bilanz muß ein Auto mit kanadischem Platin knapp 5 000 Kilometer fahren, damit der Kat säuremäßig effektiv wird, mit russischem Platin dagegen schon 25 000 Kilometer. Da hat der Kat schon ein Gutteil seines Lebens hinter sich.

Fahrrad Novelle

Die Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom Oktober wurde allgemein als Fahrrad Novelle gefeiert. Erste Berichte und Pressemeldungen lassen aber ein Aussitzen der neuen Regelungen durch die örtlichen Verwaltungen und Politiker befürchten. Zum einen ist die Einbahnstraßenregelung sowieso nur auf Probe in der StVO drin. Hier läuft die Zeit ab, ohne daß etwas probiert wird. Zum anderen hatten die Behörden für die Verbesserung der Radwege eine Frist von einem Jahr gesetzt bekommen. Wir haben nun Halbzeit. Was geschieht bei Euch? Bewegt sich der Amtsschimmel?

Berichte und Pressemeldungen bitte an IDV, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin.

Manifest der 1435 Worte

Das vom MdB Büro Winfried Wolf (verkehrspolitischer Sprecher der PDS Bundestagsgruppe) und UMKEHR e.V. initiierte "Manifest der 1435 Worte" für eine Flächenbahn "Gegen den Kurs auf Abstellgleis" läuft weiter "rund". Knapp 300 UnterzeichnerInnen liegen vor was die Verkehrs- und Umweltszene betrifft, so sind wir, nachdem auch der BUND Bundesverband unterzeichnete, fast "komplett" das PRO BAHN nach wie vor fehlt, ist bedauerlich, liegt aber wohl an der vermeintlichen Konkurrenz zum 2. Horber Manifest, welches federführend von PRO BAHN kam.

Wir gehen davon aus, daß der Kurs zur Zerschlagung der Bahn nur aufgehalten werden kann, wenn ein Bündnis von Verkehrs- und Umweltverbänden mit Kräften in den betroffenen Betrieben und Gewerkschaften zustande kommt. Deshalb freuen wir uns besonders, daß nach Unterzeichnung von Betriebsräten einzelner betroffener Unternehmen nun auch mit dem Ge-

samtbetriebsrat von ADtrans die Belegschaftsvertretung des größten Bahntechnik Herstellers unterzeichnete. Leider sieht es bei der wichtigsten Gewerkschaft in diesem Bereich, bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), anders aus. Nachdem einzelne Gliederungen der GdED unterschreiben wollten und die GdED Halberstadt unterschrieben hatte, kam der Ukas aus Frankfurt. Wie in Zeiten eines bürokratischen Zentralismus verbot der Hauptvorstand der GdED ("nahezu einstimmig") den GdED Gliederungen die Unterzeichnung des "Manifestes" und verlangte sogar das Zurückziehen der geleisteten Unterschrift. Die Begründung ist rein formal ("...für überörtliche und überregionale verkehrspolitische Fragen von bundesweiter Tragweite ist allein der Hauptvorstand zuständig...").

Eine Neuauflage des aktualisierten Manifestes liegt nun vor es ist kostenlos auch in größeren Stückzahlen erhältlich bei UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/492 7473 Fax: 7972 und beim MdB Büro Winfried Wolf, Bundeshaus, 53 113 Bonn, Tel: 0228/16 81788, Fax: 86068.

Bitte bringt es unter die Leute und/oder unterzeichnet noch, wenn Ihr noch nicht habt. Bis mindestens Ende Juli '98 läuft die Sammlung weiter.

Tarifdschungel strafbar

Ein Amtsgericht in Frankfurt hat einen vermeintlichen Schwarzfahrer freigesprochen und dem Rhein Main Verkehrsverbund RMV undurchschaubare Tarifbestimmungen vorgeworfen. Im konkreten Fall hatte der Fahrgast von einer DB Verkaufsstelle eine falsche Auskunft über die Nutzbarkeit seines Tickets im Frankfurter Raum erhalten. Dieses Mißverständnis hat schon System: Die DB hat schon mehrmals dem RMV die 60 DM der Schwarzfahrer überweisen müssen. Selbst Mitarbeiter steigen anscheinend nicht durch die Tarife mehr durch. Der Amtsrichter sprach den Angeklagten "mangels Verschulden" vom Vorwurf der Fahrgelderschleichung frei. Es sei glaubhaft, daß der Fahrgast die falsche Information erhalten habe. Der Richter betonte, daß er nur den konkreten Fall entschieden habe, aber viel leicht ist doch Einiges auf andere Fälle übertragbar!? Juristen vor! (Das Aktenzeichen und das Original Urteil liegen uns leider nicht vor, lediglich ein FR Bericht vom 10.12.97). Immerhin stellte der RMV ein Drittel der Widersprüche gegen das erhöhte Fahrgeld ein, z.T. wegen "plausibler Begründungen" wie defekten Automaten.

Tausalz wieder in Mode?

Mit der recht erfolgreichen Diskussion über Schäden an Straßenbäumen durch Tausalzeinsatz, die bundesweit Anfang der 80er Jahre geführt wurde und die zu verschiedenen, umfangreichen "Winterdienstberichten" im Auftrag des Umwelt-

bundesamtes (UBA) führte, wurden die Straßen nicht mehr so sehr "gepöckelt". Der Verbrauch an Tausalz sank bis Ende der 80er Jahre um 60%. In vielen Bundesländern ist der Salzeinsatz auf Gehwegen verboten und in Berlin beispielsweise dürfen Hauptverkehrsstraßen an Kreuzungen nur nach Genehmigung des "Noteinsatzplanes" durch den Verkehrssenator mit Salz behandelt werden (was aber mittlerweile zu häufig und fast schon automatisch passiert und nicht nur als Ausnahme gehandhabt wird). Städte und Gemeinden waren auch für einen sparsamen Einsatz, weil Salz auch Brücken und Betonstraßen anfrißt und Löcher in den kommunalen Haushalt ätzt. Seit Oktober '97 liegt nun ein neues Merkblatt zum Winterdienst von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) vor, welches die Rückkehr zum flächendeckenden Streusalz empfiehlt. Da aus der FGSV sämtliche Richtlinien, Empfehlungen und Merkblätter zum Straßenbau und -verkehr kommen und diese amtlichen Charakter haben, weil sie vom Bundesverkehrsministerium zur Anwendung empfohlen werden, ist deren Wirkung groß. Entstanden ist das Merkblatt in der Arbeitsgruppe Verkehrsführung und -sicherheit der FGSV, beteiligt waren Behörden und Hochschulvertreter sowie der ADAC und der Verband der deutschen Salzindustrie. Nicht beteiligt wurden Umweltschutzvertreter wie z.B. das UBA. Nach Kritik an dem neuen Merkblatt bekräftigte das Umweltministerium, daß man an der Empfehlung eines weitgehenden Salzverzichts im Stadtverkehr festhalte. So hatte auch die Bundesregierung im September noch auf eine große Anfrage der SPD Fraktion geantwortet. Das Bundesverkehrsministerium steht zu dem neuen Merkblatt. (aus: FR v. 20. und 23.1.98) UMKEHR e.V. hat die FGSV in einem Brief aufgefordert, daß Merkblatt zurückzuziehen.

Achtung!!!

Anzeigen in den "Ö Punkten"

Wir neben nur solche Anzeigen auf, die für umwelt und sozialverträgliche Produkte, Dienstleistungen oder Aktionen werben.

Diese Ausgabe erreicht ca. 13.000 Kontaktadressen von Gruppen!
Bei Interesse bitte Anzeigenpreisliste anfordern.



Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz – dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologischen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finanzierungstips, Kartierungsbögen, Gesetzestexte und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird z. Zt. halbjährlich aktualisiert.

Ca. 1100 S., in 2 farbigen Ordnern ... für 178 DM
(bei Abo der Nachlieferungen)
ISBN 3-609-75490-7. Autor: Jörg Bergstedt.



Kombiherbizide transgener Baumwolle verboten

In den USA wurden Herbizide mit dem Wirkstoff Bromoxynil verboten. Gesundheitsgefährdungen für Schwangere und Säuglinge seien laut amerikanischer Umweltbehörde EPA nicht auszuschließen. Die Herbizide mit dem Wirkstoff waren speziell für die Behandlung von transgener Baumwolle mit entsprechender Herbizidresistenz gedacht. Nach Planung amerikanischer Chemiekonzerne sollte die Anbaufläche dieser Baumwolle 1998 von 170.000 ha auf 500.000 ha oder zehn Prozent der US-amerikanischen Baumwollanbaufläche ausgedehnt werden. Der kritische Wirkstoff ist in einigen in Deutschland verwendeten Mitteln ebenfalls enthalten; es sind dies u.a. TriStar, Certrol B und Bucril.

Quelle: Unabhängige Bauernstimme 3/98, S. 16.

Bundesverband Boden pocht auf mehr Bodenschutz

Mit dem Thema "Bodenschutz und Bodenschutzrecht Aufgaben, Ziele, Zukunft" führte der Bundesverband Boden e.V. (BVB) seine dritte Jahrestagung in den Räumen der Universität Bonn durch. In der öffentlichen Vortragsveranstaltung äußerten sich unterschiedliche Fachreferenten aus Bundes- und Landesministerien, von der Universität Bonn und vom Deutschen Bauernverband zum neuen Bodenschutzgesetz und zur Verbreitung des Bodenschutzgedankens. Das neue Bodenschutzgesetz wurde im Februar dieses Jahres von Bundestag und rat verabschiedet. Dazu äusserte Dr. G. Bachmann vom Umweltbundesamt, Berlin, daß nur durch die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit ergänzend zu den geschaffenen Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit ein steigendes Bewußtsein für die Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit von Böden als Naturkörper entstehen könne.

Näheres: Dr. Claus Gerhard Bannick, Bundesverband Boden e.V., Schildhornstr. 73, D 12163 Berlin Steglitz, Tel. und Fax: 030 7929664

Datenbank für gefährdete Nutztierassen

Das in der Schweiz ansässige "Monitoring Institute for Rare Breeds and Seeds in Europe" ist damit befaßt, eine Informationsdatenbank über Bestände alter Nutztierassen zu erstellen. Datengrundlage bildet Arbeit des Institutes selbst als auch Informationen anderer europäischer Nichtregierungsorganisationen, der FAO und der EAAP working group. Geplant ist der Ausbau der Datenbank, die im Moment Grundinformationen zu Esel und Ziegenrassen enthält, aber schon ausführlicher und länderspezifisch für Rassen wie beispielsweise Schweine, Rinder oder Schafe Auskunft geben kann. Die einzelnen Kenndaten umfassen Herdbuch und Population, Jahr, Gesamtzahl sowie An-

zahl männlicher und weiblicher Tiere und die Informationsquelle. Zugleich können allgemeine Beschreibungen einer Rasse, ihr Vorkommen in Europa, weiterführende Literatur und Kontaktadressen abgerufen werden.

Näheres: Monitoring Institute for Rare Breeds and Seeds in Europe, Schneebergstr. 17, CH 9000 St. Gallen, Tel. +41 71 22274 10, Fax 40

BML Förderschwerpunkt "Praxiseinführung von Verfahren zur Optimierung des Ökologischen Landbaus"

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) hat einen neuen Förderschwerpunkt "Praxiseinführung von Verfahren zur Optimierung des Ökologischen Landbaus" geschaffen. Unterstützt werden Projekte, die konform mit der EG Öko Verordnung (VO 2092/91) und den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) sind.

Die Zuwendungshöhe kann bis zu 50 % der reinen Projektausgaben betragen; der Regelsatz liegt bei 25 %. Die vorgeschriebenen wissenschaftlichen Begleituntersuchungen werden in voller Höhe getragen. Schwerpunkte der Förderung bilden folgende Themengebiete: Bodenschutz und bearbeitung, Nährstoffe, Reststoffverwertung, Pflanzenschutz, neue Verfahren der Zierpflanzenerzeugung in Baumschulen, Produkt und Prozeßqualität von Lebens- und Futtermitteln, Verfahren zur Belastungsminderung potentiell gesundheitsgefährdender Verfahren in der Pflanzenproduktion, Optimierung von Verarbeitungsverfahren landwirtschaftlicher Rohprodukte aus der tierischen Erzeugung sowie die Fischproduktion.

Näheres: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Referat 514 Projektträger Agrarforschung und Entwicklung, Postfach 180203, D 60083 Frankfurt, Tel. 069 1564 904/ 930/ 517; Fax 444 bis 446

FAL: Bio Umstellung nur bei höheren Preisen lohnend

Ein fünfjähriges Forschungsvorhaben an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, FAL, kam zu dem Ergebnis, daß sich die Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweise nur bei erheblichen Preiszuschlägen lohnt. In der Untersuchung "Produktionstechnische und wirtschaftliche Folgen der Umstellung auf ökologischen Landbau empirische Ergebnisse aus fünf Jahren ökonomischer Begleitforschung" wurden 107 Betriebe auf Veränderungen der Erträge, des Arbeitseinsatzes und der Absatzpreise untersucht. Für die Mehrzahl der Betriebe verlief die Umstellung auch unter finanziellen Gesichtspunkten positiv. Höhere Preise ließen sich jedoch häufig nur bei Direktabsatz der Produkte erzielen. Auch gab es deutliche Unterschiede zwischen

pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen. Für letztere wurden nur teilweise Preiszuschläge gewährt, so dass ein Einkommenszuwachs in erster Linie durch finanzielle Beihilfen zustande kam. Bei den Betrieben mit gestiegenem Betriebsgewinn waren neben den höheren Marktpreisen häufig auch andere Gründe wie Betriebsleiterfähigkeit oder Qualifikation ausschlaggebend.

Näheres: Dr. Hiltrud Nieberg, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, FAL, Institut für Betriebswirtschaft, Bundesallee 50, D 38116 Braunschweig Völkenrode, Tel. 0531 596 551; Fax 357

Skal zertifiziert ab diesem Jahr auch deutsche Betriebe

Die einzige niederländische Kontrollorganisation für Ökobetriebe und Ökoprodukte, Skal, hat im Februar eine Niederlassung im niederrheinischen Gronau eröffnet. Zuvor erfolgte die Akkreditierung nach der Europäischen Norm für Produktzertifizierung EN 45011. Von nun an können auch deutsche Ökobetriebe und Produkte von Skal kontrolliert und zertifiziert werden und dann das Siegel "EKO" tragen. Skal arbeitet auf Grundlage der EU Bioverordnung (EWG VO 2092/91), durch die bisher lediglich der pflanzliche Bereich abgedeckt ist. Für den Tierbereich wurden mit Fachleuten eigene Richtlinien entwickelt, die sich an den IFOAM Basisrichtlinien orientieren.

Näheres: Heike Axmann, Skal GmbH, Fabrikstr. 3, D 48599 Gronau, Tel. 02562 931037 oder +31 65 3601197; Fax 02562 930531

Verhaltene Änderungen im Pflanzenschutzgesetz

Am 27.3.1998 wurde die Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes vom Deutschen Bundestag beschlossen. Grundlage dafür bildeten die Änderungsvorschläge des Vermittlungsausschusses zu einem Regierungsentwurf vom Dezember 1997, der damals die Zustimmung des Bundesrates nicht erhalten hatte. Das Gesetz wurde erstmals seit zwölf Jahren geändert. Gleichzeitig erfolgte eine Anpassung an die EU Richtlinie 91/414/EWG mit fast sechsjähriger Verspätung. Die Richtlinie war Anfang 1991 in Kraft getreten; der vorgesehene Zeitraum für eine Umsetzung in nationales Recht beträgt zwei Jahre.

Neu an der geänderten Fassung ist die Definition von "Freilandflächen" und Bestimmungen über hier ausbringbare Pestizide. Zu "Freilandflächen" gehören nicht land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen wie beispielsweise Verkehrsflächen und Gleisanlagen. Ausserdem wird in der neuen Fassung in einem Durchführungsparagrafen die gute fachliche Praxis erwähnt, die sich an den Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes und des Grundwasserschutzes zu richten habe. Eine ausführlichere inhaltliche Begriffsklärung durch das Landwirtschaftsministe-

Zeitschriftenschau

Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Stephanie Graf
Stiftung
Ökologie&Landbau
Weinstr. Süd 51
67098 Bad Dürkheim
Tel. 06322/8666, Fax 8794

rium steht nun an. Gesundheits- und Umweltministerium müssen dann ihre Zustimmung geben. Spritzmittel, die in Ökobetrieben eingesetzt werden dürfen, müssen künftig nicht mehr nach dem Pflanzenschutzgesetz zugelassen werden.

Neben wenigen positiven Änderungen seien insgesamt jedoch "keine zukunftsweisende Weichenstellung" für eine Ökologisierung der Landwirtschaft zu verzeichnen, so eine erste Reaktion des Pestizid Aktions Netzwerkes PAN.

Näheres: Carina Weber, Pestizid Aktions Netzwerk (PAN) e.V., Nematweg 32, D 22765 Hamburg, Tel. 040 399191023; Fax 3907520

10 Jahre "Initiativkreis für Gemüsesaatgut aus biologisch dynamischem Anbau"

Seit inzwischen zehn Jahren besteht der Initiativkreis für Gemüsesaatgut aus biologisch dynamischem Anbau". Er war aus einem Zusammenschluß von Demeter Gärtnern aus der Schweiz und Deutschland entstanden mit dem Ziel, Landwirten und Hobbygärtnern Sämereien aus biologischer Zucht anbieten zu können. Die Zahl der Mitgliedsbetriebe ist inzwischen auf 70 angestiegen. Mit verschiedenen europäischen Initiativen wird zusammen gearbeitet, so daß "eine Alternative zur Monopolisierung der Saatgut (...) sowie zur Gentechnik" geschaffen sei, so der Initiativkreis in einer Selbstdarstellung.

Näheres: Deutschland: Allerleirauh GmbH, Saatgut, Kronenstr. 24, D 61209 Echzell Bingenheim, Tel. +49 6035 812 16; Fax 75

Schweiz: Amadeus Zschunke, Ekkhart hof, Abteilung Gärtnerei, CH 8574 Lengwil, Tel. +41 71 68666 55; Fax 56

Bald Ökozigaretten?

Die ersten Zigaretten aus Tabak "ohne jegliche chemische und andere Zusätze" ausschließlich unter Verwendung von "ausgesuchtem Virginia Tabak bester Qualität" nach Herstellerangaben sind auf dem Markt. Der Hersteller möchte den Rohstoff aus ökologischem Anbau beziehen, hat dafür aber noch keine ausreichende Anzahl an Anbietern finden können. Der Preis für 20 Zigaretten beträgt 6. DM.

Quelle: Schrot & Korn spezial, Heft 3/98

Auch zukünftig kaum Platz für Käfighennen

Die EU Kommission hat Mitte März den Vorschlag von Agrarkommissar Franz Fischler angenommen, nach dem vom 1. Januar 1999 an Legehennen mindestens 800 cm² Käfigfläche zur Verfügung stehen müssen. Bisher beträgt die vorgeschriebene Mindestfläche mit 450 cm² weniger als eine DIN A 4 Seite. Die neue

Regelung soll von neu einrichtenden Betrieben ab dem 1. Januar 1999 sofort umgesetzt werden, je nach Alter des Betriebes sieht der Kommissionsvorschlag Übergangsfristen bis zum 1. Januar 2009 vor. So soll für Betriebe, die älter als zehn Jahre sind, die Regelung erst ab dem Jahr 2004 greifen, Betriebe, die älter als drei Jahren sind, sollen nach den Vorstellungen der Kommission den Hennen ab dem Jahr 2004 lediglich 550 cm² bereitstellen müssen.

Bei Umweltschutzverbänden stößt der Vorschlag auf breite Ablehnung, da die Hennen zwar etwas mehr Platz erhalten, ihren wirklichen Bedürfnisse aber nach wie vor nicht entsprochen würde. Die Tiere könnten in den Käfigen weder scharren, noch hätten sie Auslauf oder genügend Platz. Unter diesen Bedingungen in Drahtkäfigen lebten in der EU 1996 rund 93 Prozent der 270000 Legehennen. Allein in Deutschland werden 45 Millionen der Tiere gehalten.

Quelle: Quelle: ZMP, Erzeugerpreise für Produkte aus ökologischem Landbau, Nr. 12, 20.03.1998

Nitritpökelsalz auch künftig nicht in Ökofleischwaren

Seit 1994 ist der Einsatz von Nitritpökelsalz in Ökofleisch und wurstwaren nach den gemeinsamen Rahmenrichtlinien von AGÖL und den Bundesverbänden Naturkost Naturwaren (BNN) Hersteller

nicht mehr erlaubt. Nach einer kontroversen Diskussion bei der AGÖL Mitgliederversammlung am 17.3.1998 wurde beschlossen, dieses Verbot auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Befürworter einer Freigabe von dem umstrittenen Zusatzstoff befürchten fehlende Akzeptanz von grauen Wurstwaren beim Verbraucher. Dagegen hielt die Mehrheit der Gegner, dass Verbraucher in nach ökologischen Kriterien erzeugten Lebensmitteln keine potentiell gesundheitsgefährdenden Stoffe erwarten würden.

Quelle: BNN Nachrichten GH, April 1998. Näheres: AGÖL, Brandschneise 1, D 64295 Darmstadt, Tel. 06155 2081, Fax 2083

Arbeitsgemeinschaft Ökologische Baumschulen (AGÖB) gegründet

In Deutschland hat sich eine Arbeitsgemeinschaft Ökologische Baumschulen (AGÖB) gegründet. In ihr arbeiten bisher 20 Baumschulen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, die gemäß der EG Ökoverordnung VO 2092/91 wirtschaften. In den vergangenen zwei Jahren wurden die Anbaurichtlinien erarbeitet, erprobt und verbessert. Die 20 Baumschulen bearbeiten das gesamte Baumschulenspektrum von der Jungpflanze bis zum Alleebaum, von der Forstpflanze über die Landschaftsgehölze zum Obst, von der Rose über das breite Sortiment der Containerpflanzen bis zu den Ziersträuchern und Rhododendren.

Gesamthochschule Kassel pachtet neues Versuchsgut

Die 320 ha der Staatsdomäne Frankenhausen bei Kassel werden von diesem Sommer an durch die Gesamthochschule Kassel (GhK) ökologisch bewirtschaftet. Nachdem sich anfänglich rund hundert Bewerber um den Kauf des Staatsgutes bemüht hatten, war nicht abzusehen, dass die Entscheidung des Innen- und Landwirtschaftsministeriums die Koalitionsvereinbarung, nach der ab 1995 alle neu zu vergebenden Staatsdomänen auf ökologische Wirtschaftsweise bewirtschaftet werden sollten, berücksichtigen werden würde. Frankenhausen wird als elfte von insgesamt 53 Domänen zum Ökobetrieb.

Die für die Umsetzung Verantwortlichen unter der Leitung von Prof. Jürgen Heß möchten eine Konkurrenz zu kleineren Ökobetrieben der Region vermeiden. Der Hof soll sich selbst tragen. Die Vermarktung soll über größere Abnehmer wie Kantinen, Handelsketten oder Krankenhäuser abgewickelt werden. Dazu ist geplant, vor Ort die Rohprodukte weiterzuverarbeiten. Zahlreiche Arbeitsplätze könnten rund um den Betrieb neu entstehen, so Prof. Heß. Neben den Vermarktungsbemühungen wird sich die GhK zusammen mit weiteren Trägern, u.a. dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), innerhalb des sog. "Entwicklungs-, Studien und Demon-

strationsobjektes zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsszenarien im Kontext einer ökologischen Landwirtschaft" der Nutzung nachwachsender Rohstoffe sowie der Wind- und Sonnenenergienutzung widmen.

Näheres: Andrea Dobler, Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Friedrich Ebert Alle 12, D 65185 Wiesbaden, Tel. 0611 353 606/ 607; Fax 608;

Prof Dr. Jürgen Heß, Gesamthochschule Universität Kassel, Fachbereich 11, Fachgebiet Ökologischer Landbau, Nordbahnhofstr. 1a, 05542 9815 87/ 65; Fax 68

Die Baumschulen gehören gegenwärtig einem der drei Anbauverbände Bioland, Demeter oder Naturland an, die Zahl der Mitglieder steigt. Zu Angebotsverbreiterung sucht die AGÖB nun auch Betriebe außerhalb Deutschlands insbesondere in den Niederlanden, Belgien und Frankreich, die nach ökologischen Richtlinien wirtschaften oder dies vorhaben.

Näheres: Dietmar Schlüter, AGÖB, Tarmstedter Str. 24, D 27404 Zeven Ba denstedt, Tel. 04281 937 10, Fax 15

In Dänemark wird die Aufgabe der Käfighaltung finanziell unterstützt

In Dänemark ist seit Januar 1997 eine Regelung in Kraft getreten, die Landwirte bei der Umwandlung der Käfighaltung von Legehennen in ein anderes Haltungssystem unterstützt. Pro Platz erhalten umstellungswillige Landwirte umgerechnet bis zu 5 DM. Voraussetzung ist der Aufbau einer alternativen Haltungssystem beispielsweise nach ökologischen Richtlinien, auf Tiefstreu oder in Freilandhaltung binnen acht Jahren. Dabei anfallende Investitionskosten werden mit bis zu 35 Prozent zu gleichen Teilen von der Seite der dänischen Regierung und der Vereinigung der Eierproduzenten unterstützt.

Quelle: DLG Mitteilungen 6/97

Ausbildung zum staatlich geprüften Landwirt mit Fachrichtung Ökologischer Landbau

Am 11. August beginnt an der Fachschule für Ökologischen Landbau in Kleve das neue Ausbildungsjahr zum Staatlich geprüften Wirtschaftler (einjährige Ausbildung) oder zum Staatlich geprüften Landwirt (zweijährige Ausbildung). Der Unterricht an der Fachschule mit Vollzeitunterricht wird durch viele praktische Lehrgänge vor allem im Bereich Lebensmittelverarbeitung ergänzt. Durch die gute Zusammenarbeit mit im Umkreis gelegenen Biobetrieben ist die Nähe zur Praxis gewährleistet. In diesem Jahr beginnt zudem die Einrichtung eines ökologischen Versuchsbetriebes, an dessen Planung die Schüler und Schülerinnen im Rahmen eines Projektes mitwirken.

Näheres: Ralf Grigoleit, Landwirtschaftskammer Rheinland, Höhere Landbauschule Kleve, Elsenpaß 5, D 47533 Kleve, Tel. 02821 996 71, Fax 59

(Foto dazu per Post unterwegs)

Aktionstage Ökolandbau

Mehr als 100 Veranstaltungen sind für die vom 18. bis 26. Juli in Baden Württemberg stattfindenden Aktionstage Ökolandbau geplant. Veranstalter sind Verbände des ökologischen Landbaus (Bioland, Demeter, Naturland und Eco

vin) und des Naturschutzes (Naturschutzjugend, NAJU und Naturschutzbund, NABU) sowie der Naturkostfachhandel. Nach Meinung der Veranstalter ist "der Beitrag des Ökolandbaus für den Naturschutz und als wichtiger Wirtschaftsfaktor noch nicht ausreichend bekannt". Für entsprechende Werbung sorgen nun an den Aktionstagen diverse Hoffeste, naturkundliche Führungen, Radtouren, Wein und andere Kostproben sowie Informationsveranstaltungen. Schirmherrin der Kampagne ist Landwirtschaftsministerin Gerdi Staiblin.

Ausführliches Programmheft bei: NABU Baden Württemberg, Tübinger Str. 15, D 70178 Stuttgart, Tel. 0711 96672 0, Fax 33; Bioland Baden Württemberg e.V., Eugenstr. 21, D 72622 Nürtingen, Tel. 07022 93266 0, Fax 30

(zu den Aktionstagen kommen noch Füllanzeigen per Post)

Lehrstuhl für Ökolandbau an der Universität Wageningen gefährt

An der Universität Wageningen (Niederlande) gibt es Pläne, das Institut für ökologischen Landbau (Department für

ecological agriculture) aufzulösen. Der Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Goewie soll seinen Posten zugunsten eines neuen Instituts, das sich unter anderem mit dem ökologischen Landbau befassen soll, räumen. Die Folgen für die zukünftige Entwicklung des ökologischen Landbaus in den Niederlanden wären gravierend. Am bereits seit fünfzehn Jahren bestehenden Institut für ökologischen Landbau wird ein internationales Aufbaustudium zum ökologischen Landbau angeboten und zum ökologischen Landbau geforscht.

Die Mitarbeiter des Instituts bitten darum, Protestbriefe an den Rektor der Universität Prof. Dr. C. P. Veerman, Chairman of KCW, Costerweg 50, NL 6701 Wageningen zu schicken.

Näheres: Dr. Willem Beekmann, Geschäftsführer des Instituts für ökologischen Landbau, Haarweg 333, NL 6709 Niederlande, e mail: beekmann@users.eco.wau.nl

Herkunfts und Qualitätsgarantien bei Fleisch mangelhaft

Nach einer Untersuchung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND, lässt sich der weitaus größte Teil der BUND nennt 90 Prozent vom deutschen Rind- und Schweinefleisch nicht bis

Entwurf der Tierhaltungsverordnung nicht zufriedenstellend

Im Januar dieses Jahres hat die EU Kommission erneut einen Entwurf der ergänzenden Verordnung über die ökologische Tierhaltung veröffentlicht. Nach wie vor stehen für die AGÖL Verbände zentrale Richtlinieninhalte nicht in diesem Entwurf. In einer Stellungnahme hat die AGÖL dazu folgende Forderungen wiederholt:

die Gesamtbetriebsumstellung (im Entwurf nach wie vor nicht verlangt)

kürzere Futterumstellungszeiten in Umstellungsbetrieben: maximal zwölf, auf keinen Fall 24 Monate

Zulassung von Futter von Umstellungsbetrieben in der Fütterung bereits anerkannter Biobetriebe

kein obligatorischer Auslauf für Mastvieh bis wenige Wochen vor Schlachtermin (nahezu undurchführbar insbesondere auf vielen Betrieben in kleinstrukturierten Realteilungsgebieten)

keine spezifischen Höchstbesatzdichten je Tierart

ausdrückliches Verbot des Zukaufs von konventionellem Futter mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen

Erlaubnis konventioneller Futtermittel nur bei Nichtverfügbarkeit von Ökofutter; Getreide, Getreideerzeugnisse und Leguminosen sind von vornherein auszuschließen

Miteinbeziehung von Zukauffuttermitteln jeglicher Herkunft in die Düngemittelobergrenze (diskutiert werden 170 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr).

Ferner sind folgende Bereiche ungenügend geklärt oder definiert:

Aquakultur

Bienenhaltung

Einsatz von allopathischen Tierarzneimitteln

Zukauf konventioneller Zuchttiere

Positivliste erlaubter Reinigungs- und Desinfektionsmittel

Verarbeitungsbereich für tierische Erzeugnisse: hier fehlen bisher genaue Regelungen im Anhang, die erst die Durchführbarkeit ermöglichen.

Näheres: AGÖL, Brandschneise 1, 64295 Darmstadt, Tel. 06155 2081, Fax 2083

Termine

Vollständiger aktueller Terminkalender im Internet: www.dainet.de (unter "Service") und unter <http://www.umwelt.de/stiftung/sol>

zum Ursprungstier zurückverfolgen. Dies ist das Ergebnis einer Befragung von 2500 Supermärkten und Metzgern, die zum Start der BUND Kampagne "Fleisch ohne Risiko" vorgestellt wurde. Ralf Uwe Beck, stellvertretender Vorsitzender des BUND, meinte dazu, dass Kunden durch eine Vielzahl von Qualitäts- und Sicherheitszusagen verwirrt und zugleich oft mit haltlosen Versprechen umworben würden. Lediglich etwa fünf Prozent vom konventionellen Rind und zehn Prozent vom konventionellen Schweinefleisch fielen unter das Prüfsiegelprogramm der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, CMA. Doch selbst bei Fleisch dieser Herkunft sei die Qualität in der Regel aufgrund der praktizierten Haltungs- und Fütterungspraxis umstritten. Daher folgert Beck, dass Ökofleisch die einzige Möglichkeit sei, "echte Qualität" zu erwerben. Fleisch von Tieren aus ökologischer Haltung gibt es schon in einzelnen Supermärkten. Positivbeispiele seien laut Andreas Krug, dem Landwirtschaftsexperten des BUND, die Firma Edeka und tegut, die entweder Biofleisch oder im konventionellen Bereich 100 Prozent CMA Prüfsiegelfleisch anbieten.

Näheres: Margit Mertens, BUND Bundesgeschäftsstelle, Im Rheingarten 7, D 53225 Bonn, Tel. 0228 40097 0, Fax 40

(Grafik und Fotopapierabzüge kommen per Post)

Weitere Stärkung der Agrarumweltprogramme der EU gefordert

Auf einer Konferenz vom 25. bis 27. Februar 1998 in Konstanz kamen rund 150 Fachleute aus 19 europäischen Ländern zusammen, um über Erfolg und Mißerfolg der EU weit in Umsetzung befindlichen Agrarumweltprogramme nach VO 2078/92 zu diskutieren. Eingeladen hatten dazu das Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg, die Country Side Commission Großbritannien und der Naturschutzbund (NABU) Baden-Württemberg. Gegenwärtig machen die Agrarumweltprogramme am gesamten Agrarhaushalt der EU gerade 3,7 Prozent aus. Sie bedürfen jedoch nach Auffassung der Tagungsteilnehmer einer wesentlichen Aufstockung, sollen sie zukünftig deutlich zur Umweltverbesserung beitragen.

Auf Seiten der Landwirte sei ein zunehmendes Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt zu beobachten, so Frank Fay von der Generaldirektion VI (Landwirtschaft) der EU. Rainer Oppermann, Rainer Luick und Cornelia Wiethaler vom NABU halten in einem Ergebnispapier fest, auf welche große Ablehnung jedoch eine weitere finanzielle Verstärkung des Umweltbereichs auf Landwirtschaftsseite stoße, wenn dies zugleich Ab-

bau bisheriger Förderpositionen bedeuten würde. Eine Entscheidung für die stärkere Förderung von Umweltmaßnahmen scheint aber nicht nur allein unter Umweltaspekten notwendig, sondern auch bei Betrachtung der Arbeitsmarktsituation. Nicht umsonst gäbe es von der EU Kommission selbst einen Bericht, der entsprechende positive Wirkungen herbeibringe.

Trotz der unterschiedlichen Auffassungen zur Umsetzung wünschten sich die Tagungsteilnehmer allesamt eine weitere Stärkung der Agrarumweltpolitik in Europa, nicht zuletzt um auch bestehende Klüfte zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft schließen zu helfen.

Näheres: Dr. Rainer Oppermann, Institut für Landschaftsökologie und Naturschutz, Mühlenstr. 19, D 78224 Singen, Tel. 07731 9962 0

(dazu sind Fotos unterwegs)



3.6.

Nützlinge im ökologischen Weinbau
Systematik und Bewertung der Nützlinge, Einführung in Probenentnahme und Bestimmung (praktisch)
Näheres: Dr. Uwe Hofmann, Prälat Werthmannstr. 37, 65366 Geisenheim, Tel. 06722/9810-01, Fax -03, uhofmann@weinbau.net

4.6. in Trier

Ökologischer und kontrolliert umwelt schonender Weinbau
Näheres: SLVA Trier, Egberter Str. 18/19, D-54295 Trier, Tel. 0651/9776-150, Fax -451

5.-28.6. in Niedersachsen

Aktionstage Ökolandbau
Näheres: Hr. Müller, Bioland-LV, Riephalm 10, 27374 Visselhövede, Tel. 04262/2306

10.-17.6. in Oeschingen

Bio Obstbau für Einsteiger und Interessierte
Info: FiBL, Ackerstraße, CH-5070 Frick, Tel.: +41/62/86572-72, Fax -73.
Weitere Termine: 19.8., 16.9., 14.10., 11.11.

11.6. in Mecklenburg-Vorpommern

Tag des ökologischen Landbaus
Betriebs- und Feldbesichtigungen
Näheres: Dirk Klinkmann, Landwirtschaftsberatung, Tel. 0385/3953217

12.6.

Ökoelemente in Obstanlagen - praxisnah
Veranstalter: siehe 10.-17.6.

19.-21.6. in Swalmen (bei Mönchengladbach)
Wochenendwerkstatt "Waldgarten"
Seminar in den Sualmana Permakultur Gärten
Näheres: Margit und Harald Weidig, Kerkebroekweg 46, NL-6071 GL Swalmen, Tel.: +31/475/503325

27.6. in Schmerwitz (bei Potsdam)

Einführungstag in die Demeter Bienehaltung
Näheres: Demeter-Bund e.V., Brandschneise 2, 64295 Darmstadt, Tel. 06155/8469-0, Fax -11

29.+30.6. auf Gut Sunder

Ökologischer Landbau
Garant für die Bewahrung der Biodiversität in Agrarlandschaften?
Kontakt: NABU-Akademie Gut Sunder, 29308 Winsen/Aller, Tel.: 05056/970111

10.-13.9. in Mecklenburg-Vorpommern

MeLA 1998

8. Fachausstellung für Landwirtschaft und Ernährung, Fischwirtschaft, Forst und Jagd
Näheres: Astrid Schneider, Lars Jaeger, Messe- und Ausstellungszentrum, 18276 Mühlengöze, Tel.: 038450/302-0, Fax -20

11.0. in Bad Dürkheim

Was Sie schon immer über ökologischen Landbau wissen wollten

... und sich nie zu fragen getraut haben! Einblicke, Überblicke, Ausblicke über den Ökolandbau auf dem Gelände des Demonstrations- und Forschungsprojektes Ökologische Bodenbewirtschaftung.

Kontakt: Dr. Ulrich Hampl, Stiftung Ökologie & Landbau, Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322/8069, Fax 989701

1.+2.10. in Gießen

Arznei und Gewürzpflanzen

Fachtagung zur Anbau, Nacherntebehandlung, Züchtung, Qualität, Analytik, Verwertung und Vermarktung
Näheres: Prof. Dr. R. Marquard, Institut für Pflanzenbau, Ludwigstr. 23, 35390 Gießen, Tel.: 0641/99374-60; Fax -49

Neckarwestheim:

Maulwürfe unter der Strasse ...

**Themenredaktion
"Widerstand":**

Liselotte Meyer
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen Saasen
Tel. 06401/90328 3
Fax 5
projektwerkstatt@
t online.de

Maulwürfe unter der Bundesstrasse 27 halten den CASTOR auf, so die Schlagzeile in der Stuttgarter Tageszeitung, als am 19.3 Castor Transporte das AKW Neckarwestheim verließen. Weiter im Text heißt es: Nicht die Greenpeace Aktivisten und nicht die rund 400 Demonstranten vor dem Gemeinschaftskraftwerk Neckarwestheim haben gestern den Castor Transport nach Walheim fast verhindert. Das haben zwei junge Männer getan, die aus Hamburg stammen sollen und buchstäblich im Untergrund gewühlt haben: Das Duo hatte die Bundesstrasse 27 zwischen Kirchheim und Walheim untergraben und dafür gesorgt, daß der insgesamt 180 Tonnen schwere Castor Transporter einen ganzen Nachmittag lang nicht über die Straße nach Walheim zum Rendezvous mit Castor Behältern aus Grundremmingen gebracht werden konnte. Insgesamt brauchte die Polizei sechs Stunden, um zwei Männer aus ihrem Tunnelversteck unter der Bundesstrasse auszugraben.



Die Repressionswelle von Seiten des Staates zeigt mal wieder ihre Wirkung. Um dieser zu entkommen, müssen wir uns wohl zwangsläufig immer et was Neues einfallen lassen und versuchen mit Phantasie und Dreistigkeit alle zu überlisten.

Jetzt bleibt uns nur noch die unangenehme Aufgabe nach Geldspenden zu fragen. Unangenehm, aber anders können wir die uns zu erwartenden Kosten sicher nicht aufbringen. Etwa 20.000 DM werden uns an Gerichts Anwaltskosten, Strafe und Schadenersatzforderungen erwarten. Damit diese Kosten ihre abschreckende Wirkung verfehlen finden wir es notwendig, daß die Aktionisten (jetzt mal wir in eigener Sache) nicht mit solchen unaufbringbaren Kosten ins Abseits manövriert werden. Wir würden uns also super freuen wenn wir denen, die uns vereinzeln wollen zeigen, daß wir es "zusammen" angehen und wir alle zusammen auch beim nächsten Castor Transport unser Bestes tun.

Bitte bitte spendet reichlich auf folgendes Konto:
Wirth Stichwort Tunnel
Hamburger Sparkasse
BLZ 20050550
Kto. Nr.1281474286

Danke und bis bald Eure
Maulwürf

4500 Polizisten und 1000 Bundesgrenzschutzbeamte sind bereits seit Tagen im Einsatz, um die Gegend um Neckarwestheim weiträumig abzusichern und zu gewährleisten, daß die Castor Behälter aus Neckarwestheim und Grundremmingen wie geplant mit der Bahn ins Zwischenlager Ahaus in Nordrhein Westfalen geschafft werden. Schließlich werden neben männlichen und weiblichen Beamten auch Hubschrauber, Hundestaffeln, Reitertruppen, Wasserwerfer, gepanzerte Fahrzeuge und Hunderte anderer Einsatzwagen in die Schlacht geworfen. Streifen kontrollieren im Unterland schon seit Tagen jeden verdächtigen Jogger, Hundeführer patrouillierten durch die Landschaft. Aber die Aktivitäten der zwei menschlichen Maulwürfe in Sichtweite des Walheimer Kraftwerks blieben völlig unbemerkt. Ganz so positiv, wie es die Stuttgarter Tageszeitung schrieb empfanden wir es nicht. Doch es freute uns, daß es so ankam. Daß wir den Castor mit der Aktion nicht verhindern war uns klar, doch aufhalten sollte es. Gerade jetzt nachdem der Transport einen Tag früher fahren sollte. Jede Stunde gab die Möglichkeit, daß mehr Menschen vor dem Castor Ahaus erreichen. Auch wir wurden durch den frühen Start des Castors überrascht, so daß wir nicht mehr wie vorgehen in der Nacht, sondern in Morgengrauen in den Tunnel kriechen mußten. Der Tunnel selber war ca. 6 Meter lang und 1,5 Meter unterhalb der Asphaltdecke mit einer kleinen Höhle am Ende, die es mit Mühe erlaubte zu drehen. Wir riefen mit unserem zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vom Schlamm bedeckten Handy die Presse an. Denn der Polizei wollten wir auf keinen Fall die Möglichkeit geben ohne das beobachtende "Auge der Öffentlichkeit" mit uns tun und lassen zu können, was sie wollte. Wie sich später erwies ein voreiliger Alarm. Denn das 50Mal 60 cm große Eingangsloch viel keiner der drei minutigen Polizeipatrouillen auf der Strecke auf. Erst der Journalist des Ortes fand uns und ihm folgten die Cops. So waren wir nach vier Stunden harren der Dinge in Schlamm und Pfützen gegen Mittag entdeckt. Der klägliche Versuch eines Polizisten uns durch einen auto-

ritären Versuch zum herauskommen zu bewegen blieb der einzige Versuch mit uns zu "verhandeln". Als nächstes starteten die Polizeibeamten den Versuch uns mit einem Hund einzuschüchtern und zum rauskommen zu bewegen. Glücklicherweise war der Gang so eng, daß wir uns mit unseren Füßen vor dem Hund schützen konnten. Stunde um Stunde verging und uns wurde immer kälter zwar hatten wir Regenklamotten an doch um der Situation gerecht zu werden, hätten wir wohl eher Neoprenanzüge anziehen sollen. Wir waren durchgefroren und komplett naß. Das leidige Gefühl der Kälte verschwand als der erste SEK Cop mit Sturmhaube und Helm unsicher durch den Schlamm zum Tunnel Ende kroch, um die Lage zu beäugen. Zu seinem Mißfallen fand er zwei lebende Schlammklumpen, von denen jeweils ein Arm in einem im Boden eingelassenen Betonklotz verschwand. Hilfsbereit erklärten wir dem Beamten, daß wir festgeschlossenen seien und jeglicher Versuch uns gewaltsam rauszuziehen nichts bringen würde. Trotz unserer Warnung ließen sich die extra per Hubschrauber eingeflogenen SEKler nicht von ihrem Motto "mit Gewalt geht alles besser abbringen". Sie versuchten als Erstes einen von uns so herauszuziehen, daß sich einer der Cops um die Beine klammerte und drei Weitere an ihm zogen. Dieser Versuch endete damit, daß sich der eine Cop nicht mehr an den Beinen festhalten konnte, abrutschte und alle vier ein Stück den Hang hinunter purzelten. Doch nach dieser Aktion war auch Schluß mit lustig. Ihnen war klar, daß es etliche Stunden brauchen würde den Betonklotz aufzuweißen eher gesagt es fast unmöglich wäre solange der Gang durch unsere Körper versperrt war. Sie setzten auf physische und psychische Gewalt, welche sich in der Situation des völlig ausgesetzt sein nochmal drastischer auswirkte. Nun wurde ein Seil mit einer sich zuziehenden Schlaufe um die Beine gelegt und trotz nochmaligen Warnungen fingen sechs SEKler mit ihrer ganzen Manneskraft an zu ziehen. Die Situation ist wohl mit den mit telalterlichen Streckbänken vergleichbar. Die Füße wurden zusammengeschmürt und das Handgelenk drohte zu brechen. Da die SEKler trotz heftigen Schmerzensschreien nicht aufhörten gab es lediglich die Möglichkeit aufzugeben und somit machte sich die erste Person los und verließ "freiwillig" den Tunnel. Bei der zweiten Person erlaubte die eingekugelte, unbequeme Position nicht diese Vorgehensweise zu wiederholen. Auch wenn sie es versucht hätten, hätte es nichts gebracht, denn durch das kalte Wasser, welches sich im Betonklotz sammelte, waren seine Finger kalt gefroren und er, selbst, wenn er gewollt hätte nicht rauskommen konnte. Sie begannen also den Beton aufzuschlagen, zuerst mit Hammer und Meißel, später mit Schlagbohrer. Die Zeit verging und es wurde immer unbequemer. Jede Minute setzte die beiden verantwortlichen SEKler mehr unter Druck. Immer öfter traf der Schlagbohrer seinen Arm. Es ging nur noch darum ihn raus zu holen, egal wie. Gegen 18 Uhr gab auch die zweite Person endgültig auf. Wir wurden beide gewaltsam zur Aufgabe gezwungen.



Zum Beginn der A26 Bauarbeiten

Erklärung

Nach jahrzehntelanger Planung haben nun die Bauarbeiten für die A26 begonnen, die Stade und Hamburg verbinden und damit die B73 entlasten soll. Der erste Bauabschnitt, für den es mittlerweile einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschuß gibt, geht erst einmal von Stade bis Horneburg. Natürlich lehnen wir den Bau dieser Autobahn wie überhaupt den Neubau von Straßen ab. Ganz besonders katastrophal ist, daß die geplante Autobahn das größte Obstanbaugebiet Europas, das Alte Land, zerschneiden würde und ein Gebiet, in dem der Wachtelkönig, ein seltener Vogel, heimisch ist, beeinträchtigen würde.

Wir wollen nun versuchen, einen möglichst starken Widerstand gegen den Bau der A26 auf die Beine zu stellen. Der Auftakt dazu ist uns schon ganz gut gelungen: Am 22.01.98 ist Bundesverkehrsminister Wissmann in den Landkreis Stade gekommen, um die Bauarbeiten für die A26 feierlich einzuleiten. Den Spaß an dieser Zeremonie haben wir ihm aber gründlich verdorben: Während seiner Rede, die aufgrund unserer Gesänge, Trillerpfeifen und Sprechchöre sowieso kein Mensch verstehen konnte, mußte er neben der extra errichteten Tribüne stehen, da diese von uns besetzt war, und die Polizei sich nicht in der Lage sah, sie zu räumen. Nachdem er eingesehen hatte, daß es keinen Zweck hat, die Rede zu halten, hat er dann einzelnen Journalistinnen Fragen beantwortet. Dieser Pulk aus Wissmann und JournalistInnen versuchte immer wieder, von uns und unserem Krach Abstand zu bekommen, was ihnen aber nicht gelang. So "flüchtete" er vor uns immer wieder in Richtung seines Autos und wur-

de schließlich genervt davongefahren. Wir haben diese Aktion als großen Erfolg angesehen, und auch die Presse sprach am folgenden Tag von einer Dominanz der DemonstrantInnen und einem "kräftig mißlungenen" Baubeginn. Wir hoffen, daß wir gut an diese erfolgreiche Aktion anknüpfen können, um einen aktiven, lebhaften und noch lange beständigen Widerstand gegen den Bau der A26 aufzubauen und ihn hoffentlich doch noch zu verhindern. Dabei können wir noch viel tatkräftige Unterstützung gebrauchen und wären für alles (Tips, Anregungen, Materialien, Geld und Sachspenden, aktive Mithilfe ...) dankbar. Meldet Euch!

Jugendumweltwerkstatt Buxtehude, c/o Marco Rieckmann, Horneburger Kamp 20, 21643 Beckdorf, Tel.:04141/ 63333 (BUND), Fax 04141/63435

Spendenkonto: Volksbank Buxtehude, 2004400300, BLZ 24191015, Stichwort: A26 Widerstand

Schwerpunkt diesmal:

Die bevorstehenden CASTOR Transporte. Dazu im Anschluß an die Widerstandsseiten der vierseitige Aufruf!

Adressen allgemein:

Gewaltfreie Klettergruppe
c/o JUMP
Gaußstr. 17
22765 Hamburg

Projektwerkstatt AbroXas
Marschorstr. 56
29641 Dannenberg
Tel.+Fax 05861/2527

Widerstand im Münsterland
Hammer Str. 33
59494 Soest

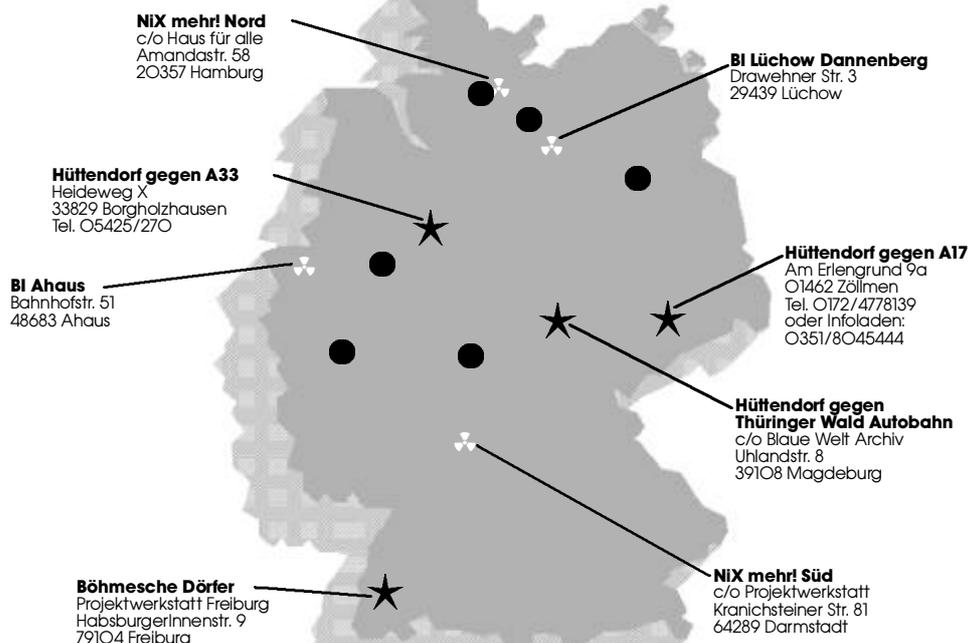
Graswurzelwerkstatt
Scharnhorststr. 6
50733 Köln

Widerstandsnetz und Büchertisch
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen

An diesen (und bestimmt auch anderen Adressen) gibt es Infos zu aktuellen Widerstandsprojekten.

Die Karte: (Stand Oktober 1997)

Widerstand im Hinterland



Baumbesetzungen in der Nähe von Greifswald

Widerstand gegen die A20

Am Montag, den 21.12.97, sollte das kleine Waldstück gegenüber des Platzes, wo sich ehemals das Anti A20 Hüttendorf befand, abgeholzt werden. Bereits einige Wochen zuvor begannen einige, natürlich viel zu wenige, Menschen mit den Vorbereitungen um diese Rodung zu ver bzw. behindern. Schon Tage vor dem Rodungstermin brachen immer wieder Menschen zu dem Waldstück auf, um zumindest einige der Bäume zu erklimmen. Relativ unbehelligt von Polizei oder sonstigen "Störfaktoren" wurden die Bäume mit Seilen vernetzt, Material hochgezogen und schließlich auch einige Plattformen in den Wipfeln der Bäume befestigt. Am Vorabend des Rodungstermins bezogen knapp 10 Menschen die Plattformen. Ausgestattet mit Gasheizung, Kocher, food für einen relativ langen Zeitraum und recht vielem anderem Kram...

Nachts um etwa halb drei verirrten sich noch etwa 10 15 weitere, der Rodung feindlich gesinnte Menschen in das Waldstück. Auch sie begannen kurz entschlossen mit dem erklimmen weiterer Bäume. Zu dem Zeitpunkt waren null cops weit und breit, was Grund zu der Annahme war, daß es an diesem Tag wohl nicht zu Rodungen kommen würde. Doch gegen halb acht trudelten die ersten Cops ein und auch ihre Verstärkung ließ nicht lange auf sich warten. Insgesamt waren es wohl an die 50 Uniformierte. Mehrere Pick Ups der Baufirma erreichten das Waldstück etwa um halb neun. Seit 7 Uhr trudelten allerdings auch nach und nach immer mehr Menschen ein, die es nicht so einfach hinnehmen wollten, daß die Bäume dort weg sollten, BürgerInnen, PDSlerInnen, BUNDlerInnen (genau diese BUNDlerInnen unterstützten aber auch die Bullen durch die Leihgabe ihres Handys, was sie auch noch öffentlich erwähnenswert fanden; die Textkopie ist bei der Themenredaktion erhältlich) und natürlich auch einige weitgereiste BerufsdemonstrantInnen. Die etwa 50 70 Menschen versammelten sich unter den besetzten Bäumen. Als plötzlich Kettensägeneräusche aus einem hinteren Teil des Waldstückes wahrgenommen werden konnten, setzten sich die Leute sofort im Bewegung. Und tatsächlich, einige Arbeiter (das "innen" ist hier tatsächlich überflüssig, da wieder mal nur Typen so unglaublich clever waren) waren bereits dabei, mit ihren Kettensägen loszulegen. Die Arbeiter wurden durch passives Verhalten der DemonstrantInnen, die sich vor die Bäume/ Sägen stellten, massiv an ihrer Arbeit gehindert und fürs Erste wurden das Sägen eingestellt. Nur ein besonders fleißiger und pflichtbewußter Arbeiter ließ seine Säge, zum absäbeln von Sträuchern, weiter über den Boden kreisen. Um ihn herum befanden sich Menschen was ihn wenig kümmerte, bis zu dem Zeitpunkt, an dem er sich ruckartig um 180 Grad drehte. Durch diese Bewegung stieß er die Säge in den Oberschenkel eines schon etwas älteren Mannes. Dieser fiel sofort zu Boden. Die Säge hatte sich so weit in das Bein des Mannes geschnitten, daß einige Sehnen durchtrennt wurden. Es dauerte eine Ewigkeit, bis ärztliche Versorgung für den Mann eintraf. Der Arbeiter, übrigens nicht älter als 22 Jahre, verzog nur sehr kurz seine Miene, dann machte er sich auch schon wieder an die Arbeit. Die Verstöße gegen Arbeitsvorschriften lassen sich wohl kaum noch zählen, alle arbeiteten ohne Schnittschutzkleidung, ohne Handschuhe und ohne Helme die Kettensägen wurden falsch bedient..... Kurz nach diesem Vorfall durfte die Polizei dann endlich das erste Mal eingreifen. Auf rabiateste Weise wurden die Menschen von den Bäumen weggedrängt, zu Boden geschmissen, weg geschliffen, damit endlich alles seinen geordneten Weg gehen konnte. Die Baufirma konnte nun ungehindert mit dem Fällen von zumindest den Bäumen, die nicht besetzt waren, beginnen. Nachdem die ersten Bäume krachend zu Boden gefallen waren, liefen erneut alle Menschen, ohne von der Polizei gehindert werden zu können, in das gefährdete Gebiet. Einigen gelang es, Bäume zu erklimmen und andere machten Sitz/Steh Blockaden vor den Bäumen. Wieder übertrafen sich die Cops. Erneut wurden Menschen weg ge

schleift etc. Ein besonders böser Mensch mit bunten Haaren wurde zu Boden geschmissen und anschließend wegen Widerstand in Handschellen abgeführt. Beim Abführen hielt es ein Polizist auch noch für nötig, ihm ins Gesicht zu schlagen.

Eine Planierdrape wurde besorgt, um auch gleich noch neben den Bäumen den unebenen Waldboden zu plätten!

Diese Chance ließen sich vier AktivistInnen nicht nehmen. Sie erklimmen die Raube und zwangen sie zum Anhalten. Natürlich war auch hier die fleißige Polizei sofort zur Stelle und die vier Menschen wurden herunter gezerrt. Für die Menschen in den Bäumen gab es neben dem, daß sie all das was am Boden geschah hilflos mit ansehen mußten, auch noch andere schreckhafte Momente. So wurden mehrmals Bäume so gefällt, daß sie nur nahe der besetzten Bäume zu Boden krachten. Trotz dem war es der Baufirma aufgrund der besetzten Bäume nur möglich, einen kleinen Teil des Waldstückes zu roden. Schon gegen Mittag mußte sich die Firma auf den Heimweg machen. Ob dies nun als Erfolg zu werten ist sei dahingestellt, zumindest wurden die meisten Bäume wenigstens für diesen Tag gerettet.

Heute, etwa einen Monat später, bleibt nur ein deprimierender Rückblick. Die Bäume wurden während der weihnachtlichen Feiertage gerodet. Das war zwar ein Verstoß gegen das "Feiertags Gesetz", zieht aber höchstens ein lächerliches Bußgeld für die Firma mit sich. Trotzdem schade, daß wohl alle "AktivistInnen" diese Tage zu Hause verbrachten, bzw. kein Mensch damit gerechnet hat, daß über die Feiertage gearbeitet würde. Der Verletzte Mann liegt noch immer im Krankenhaus und bis heute ist nicht klar, ob er seinen Fuß jemals wieder bewegen kann. Ob seine Anzeige irgendwelche Erfolge mit sich bringt ist leider auch nicht richtig wahrscheinlich.



1. Spatenstich zum Wesertunnel

Kein Wesertunnel! Keine Elbquerung! Keine A20! Keine Küstenautobahn! Lärm und Aktionen gegen den ersten Spatenstich zum Wesertunnel in Kleinensiel an der Unterweser. Dieser soll am 16.2.98 am Deich zwischen dem Fähranleger Kleinensiel und dem AKW Esensham stattfinden. Die Stelle ist nicht zu verfehlen, weil die Bauarbeiten hier bereits begonnen haben und nach dem 1. Spatenstich nach Planung der Betreiber auch fortgesetzt werden sollen. Sie ist ca. 700m vom Bahnhof Kleinensiel entfernt, der alle 2 Stunden mit VBN-Tarif erreichbar ist. Im Anschluß an den Spatenstich soll im Hotel Albrechts in Rodenkirchen (4 km entfernt, auch Bahnhof) die "Feier" fortgesetzt werden.

Nähere Infos über AKN, Tel.: 0421/177675, FAX: 0421/78931.

Dauerdemonstration in Bonn

Seit den 1.12.1997 befinden sich einige Menschen in einer Kellerwohnung in Bonn um eine Mahnwache "bis zur Umkehr" durchzuführen, sowie eine Aktion, die kurz vor den diesjährigen Bundestagswahlen stattfinden soll, vorzubereiten. Die Demonstration soll begleitet werden von inhaltlichen Veranstaltungen, dem Bauen von Windrädern, Sonnenkollektoren und Lastenfahrrädern und auffälligen Aktionen im Regierungsviertel. Menschen die nähere Informationen zu dem Projekt haben möchten und/oder sich selbst beteiligen wollen können unter Tel.: 0228/630345 anrufen oder gleich in der Kölnstraße 136, 53111 Bonn vorbeischaun (der Keller ist unter einem Biobaumarkt).

Direct actions camp 18. 30. April

Das Direct actions camp besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil vom 18.4. 25.4., der eher Kongreßcharakter haben wird, soll zu den verschiedensten Themen Möglichkeiten direkter Aktionen erarbeitet und deren Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Als Themen sind bis jetzt angedacht: Car und streetwalking, Asylproblematik, Patriarchat, antikapitalistische Verkehrspolitik, anders leben anders arbeiten, Veganismus, Jagdsabotage, Totalverweigerung, Anarchosyndikalismus, Kletterworkshops, walkways und lock ons bauen. Im zweiten Teil des Camps vom 25.4. 30.4., welches mit einer reclaim the streets party startet, soll das theoretisch erarbeitete praktisch umgesetzt werden. Es soll gemeinsam gekocht werden, gemeinsame Plenas geben, im Camp Frauenfreiräume geschaffen werden, und die Menschen werden hoffentlich so viele eigene Ideen mitbringen, daß es ein Camp von allen wird und nicht nur ein Camp der Vorbereitungsgruppe.

Ein ausführlicheres Programm kann beim A33 Hüttendorf, Heideweg X, 33829 Borgholzhausen, Tel.: 05425/ 270 angefordert werden.

Diavorträge und Film über die A33 Hüttendorfer

Wenn ihr mehr über die Geschichte des A33 Widerstandes, Hüttendorfer allgemein, Aktionsformen (...) wissen wollt, könnt ihr den HüttendorfbewohnerInnen Termine für Infoveranstaltungen in eurer Stadt, Dorf, Region vereinbaren. Tel. 05425/270

SoliTape für die WaldpiratInnen

Für die "Thüringer WaldpiratInnen", welche im Anschluß an die Kranbesetzung im August '97 in einem in Thüringen erstmalig angewandten "Beschleunigten Verfahren" nach einer Woche U-Haft zu krassen Geld sowie Bewährungsstrafen verurteilt wurden, gibts bei: Jeanette c/o BärTA im M99, Mantuffelstr. 96, 10997 Berlin für je 10 Mark Soli-Wunderüten. In denen findet ihr eine Kasette mit Emo-Musik, ein Heft mit Pressespiegel aller Besetzungen im Thüringer Wald '97 und Beiträgen zum Thema an sich, sowie eine nette Aufnahmerin.

Termine

19.2.98 in München
Stemens
Hauptversammlung

20. 22.2.98 im A33 Camp
Räumungs-
Vorbereitungstreffen
Kontakt: 05425/270

23. 27.3.98
Tag X4

10.4. 12.4.98 in Reiskirchen
Kletter Workshop
Kontakt: Liselotte Meyer

18. 30.4.98
direct actions camp
Kontakt: A33 Camp

25.4.98 in Bielefeld
Reclaim the streets Party
Kontakt: A33 Camp

Dauerdemo in Bonn
Kontakt: 0228/630345

Vollständige
Kontaktadressen siehe
Karte auf Vorseite!



IPPNW



BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.



Naturerschutzbund
Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen



EURO SOLAR
The European Association
for Solar Energy



BBU

MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT E.V.

EfuN
Eltern für
unbelastete
Nahrung e.V.



NATURWISSENSCHAFTLICHE
INITIATIVE
„VERANTWORTUNG FÜR
DEN FRIEDEN“

**SCHÜTZT UNSER LEBEN:
Nicht die Atomkraft!**

Verbände und Institutionen gegen Castor Transporte
Wir fühlen uns durch die Atomkraft bedroht.
Es gibt keine sicheren Atomanlagen.
Die Atomkraft ist unbeherrschbar.

Die Einlagerung der Castor Behälter in Ahaus dient dem anfristigen Erhalt der Atomkraft.
Die Landesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung erklärt, daß sie die Atomkraft ablehnt.
Wir fordern von der Landesregierung NW:
Die Einlagerung der Castor Behälter in Ahaus zu verhindern.
Den Polizeischutz für den Castor Behälter zu verweigern.
Sich der Weisung aus Bonn zu widersetzen.

Wir fordern von den PolitikerInnen aller Parteien:

Schützt unser Leben und nicht die Atomkraft

Ausstieg

Darauf haben wir ein Recht Das ist die Pflicht der PolitikerInnen!

Erstunterzeichner: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Naturschutzbund Deutschland e.V., Eurosolar, BBU, IPPNW Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Naturwissenschaftler Initiative "Verantwortung für den Frieden" e.V., Mütter gegen Atomkraft e.V., Eltern für unbelastete Nahrung e.V.

Spendet für weitere Anzeigen

Kontaktadresse und weitere Informationen: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NW e.V., Landesgeschäftsstelle NW, Graf Adolf Straße 7 9, 40878 Ratingen, Tel. (02102)9106 0, Fax: 9106 26
BUND Konto Nr. 8 204 700, Stichwort: "Ahaus", bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00.



Jahrgang '98

Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen

Bestelladressen der beschriebenen (und weiterer, interessanter) Zeitungen:

alaska
Auf der Kühlen 22, 28203 Bremen

Alligator
Grüne Liga
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin

anti atom aktuell (5 DM)
Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen

Arbeit&Ökologie Briefe
Hansestr. 63a, 51149 Köln

Atom Pressespiegel
Gisela & Wolfgang Krahn
Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld

bankspiegel
c/o GLS Gemeinschaftsbank
Postfach 100829, 44708 Bochum

BBU Infodienst
Prinz Albert Str. 43, 53113 Bonn

Contraste (8 DM)
Postfach 104520, 69035 Heidelberg

Deutschland Rundbrief
c/o Deutscher Naturschutzring
Am Michaelshof 8 10, 53177 Bonn

Energiewende Info
c/o Öko Institut
Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

EU Rundschreiben
c/o Deutscher Naturschutzring
Am Michaelshof 8 10, 53177 Bonn

Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen (18 DM)
Postfach 5829, 65048 Wiesbaden

Forum des IPPNW
Körtestr. 10, 10967 Berlin

Friedensforum
c/o Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88, 53111 Bonn

Germanwatch
Zeitung für zukunftsfähige Nord Süd Politik
Berliner Platz 23, 53111 Bonn

Graswurzelrevolution
Kaiserstr. 24, 26122 Oldenburg

Hochschul Umwelt Info (5 DM)
BSO, c/o ASTA Uni Münster
Schloßplatz 1, 48149 Münster

Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)
Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg

Informationsdienst Verkehr
c/o Umkehr e.V./Arbeitskreis Verkehr
Exerzierplatz 20, 13357 Berlin

Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn

Media Perspektiven
Am Steinerne Stock 1, 60320 Frankfurt

Neue Energie
c/o Bundesverband WindEnergie
Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück

KGV Rundbrief
c/o Öko Institut, Koordinationsstelle
Genehmigungsverfahren
Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Kritische Ökologie
Langgasse 24 (Hinterhaus), 65183 Wiesbaden

Mikas & Credos Informationen*
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

MüllMagazin
Rhombos, Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Naturschutz und Landschaftsplanung
Verlag E. Ulmer, PF 700561, 70574 Stuttgart

Natur und Landschaft
Postfach 400263, 50832 Köln

ÖkoLinX (10 DM Vorkasse)
Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran
Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt

Ökologie & Landbau (11 DM)
c/o Stiftung Ökologischer Landbau
Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim

Ökologisches Wirtschaften
Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München
http://umwelt.de/magazin/oekowirt

Öko Mitteilungen
Öko Institut, Postfach 6226, 79038 Freiburg

Politische Ökologie (19,80 DM)
Waltherstr. 29, 80337 München
http://www.umwelt.de/Magazin/poe

Rathaus und Umwelt
c/o Umwelt Aktion (U.A.N.)
Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover

radWELT
c/o ADFC
Postfach 107747, 28077 Bremen

Recht der Natur (Schnellbrief)
Informationsdienst Umweltrecht
Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt

Rundbrief
c/o Initiative Psychologie im
Umweltschutz
Schurzstr. 2, 54292 Trier

Rundbrief "eine Welt"
Mittelstr. 4, 34474
Wethen

Schwarzer Faden
(8 DM)
Trotzdem Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

Umweltberatung aktuell
c/o BUND Baden Württemberg
Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt kommunale ökologische Briefe
Schadowstr. 48 50, 40212 Düsseldorf

Umweltnachrichten (5, DM)
c/o Umweltinstitut München e.V.
Schwere Reiter Str. 35/1b, 80797 München

Unabhängige Bauernstimme
c/o Arbeitsgem. Bäuerliche Landwirtschaft
Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück

Verbraucher Telegramm
c/o Verbraucher Initiative
Breite Str. 51, 53111 Bonn

Wasser Rundbrief
c/o AK Wasser des BBU
Rennerstr. 10, 79106 Freiburg

Waterkant
AKN, Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

* gegen frankierten Rückumschlag

Regionale Zeitungen

Folgende Zeitungen berichten über umweltpolitische Themen in bestimmten Regionen (wer hier stehen möchte, sollte den "Ö Punkten" regelmäßig eine Ausgabe zuschicken. Probeexemplare sind in der Regel gegen 3 DM in Briefmarken zu erhalten.

der wecker
Zeitung für Südstolstein
(4 Hefte, 10 DM/Jahr)
JUPL, Am Bürgerpark 4,
23543 Bad Oldesloe

Widerhaken
Zeitung für Umwelt, Politik
und Kultur in Mittelhessen
(6 Hefte, 10 DM/Jahr)
Aktuelle Ausgaben: Fördergelder für Umwelt
schutzmaßnahmen im
Haus, Lage in Kurdistan,
politische
Kurzmeldungen.
c/o Markus Klebsch,
Bahnhofstr. 31, 35460
Staufenberg

printzjo
Das starke Stück der Region
Osthessen
(11 Hefte, 20 DM/Jahr)
Aktuelle Ausgabe: McDonalds,
Gründung der "Offensive für
Deutschland", Giftmülldeponie
Herfa Neurode
Hersfelder Str. 3, 36272
Niederaula

in puncto
Zeitung f. Limbg. Weilburg
Aktuelle Ausgabe:
McDonalds, ICE Trasse,
Genfeld Eisenbach
Projektwerkstatt
Schwanengasse 5
35781 Weilburg

Reizzwecke
Zeitung für Thüringen (6
Hefte, 10 DM/Jahr)
JAPS, Fürstengraben 30,
07743 Jena

Grünstift
Das regionale
UmweltMagazin für Berlin
& Brandenburg
(12 Hefte, 50 DM/Jahr)
Potsdamer Str. 68
10785 Berlin

Der Rabe Ralf
Umweltabhängiges
Monatsblatt
Aktuelle Ausgabe:
Bus /Bahnpreise, Klima,
Verkehr, Öko Produkte.
c/o Grüne Liga
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin

Bonner Umweltzeitung
Zeitung für Umwelt &
Politik in Bonn und dem
Rhein Sieg Kreis
Herausgegeben vom
Ökozentrum,
Mitgliederzeitung des
VCD.
Heerstr. 20a, 53111 Bonn



WELT ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN
#SVOOFOCKEUL #SVOOFOE
ONKELBEVQAQO

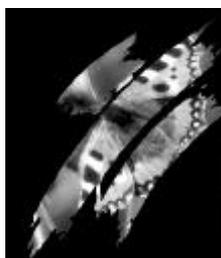
Analyse von Trink-, Grund- und
Oberflächenwasser

1. Testreihe (Schnelltests,
8 Parameter) Paketpreis 65 DM
2. photometrische Tests
z.B. auf Blei u.a.
Schwermetalleauf Anfrage

Das Institut in Aktion (Aktivitäten der letzten Monate):

Konzept zum umweltgerechten Hessentag
Vortragsreihe in Gießen
Gutachten und Beiträge zum Thema "Trockenstabilität"
Herausgabe der neuen Zeitung "Ö Punkte"
Beratung von Bürgerinitiativen
Seminare und Bildungsangebote

Mehr Infos gegen 3 DM frankierten A4 Rückumschlag!



ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35359 Gießen

Tel. 06404/65643
Fax ebenso